

# STOLP ERST EINE

Materialien für Jugendliche



# IMPRESSUM

## **Herausgeber**

Stadtteilarchiv Ottensen –  
Geschichtswerkstatt für Altona e.V.  
Zeißstraße 28, 22765 Hamburg  
Tel. 040 390 36 66  
Mail: [info@stadtteilarchiv-ottensen.de](mailto:info@stadtteilarchiv-ottensen.de)

## **Entwicklung und Herstellung**

Büro H. Geschichtskommunikation,  
Frauke Steinhäuser | Layout: Dirk Lau

## **Autorenverzeichnis**

Carola von Paczensky (S. 8 f.), Klaus Möller (S. 15 ff.),  
Christiane Jungblut (S. 19 ff. u. S. 26 f.), Susanne Lohmeyer  
(S. 23 f.), Bernhard Rosenkranz(t)/Ulf Bollmann (S. 30 f.)  
Hildegard Thevs (S. 33 ff.), Björn Eggert (S. 37 ff. u.  
S. 44 ff.), Birgit Gewehr (S. 41 f.)

Alle anderen Texte: Frauke Steinhäuser.

Beim Themen-Kasten auf S. 18 geht unser Dank  
an Dr. Eva Lindemann; die Texte für die Themen-  
Kästen auf den S. 12, 16 f., 28, 32 und 35 stammen  
teilweise aus dem Glossar von Dr. Beate Meyer auf  
[stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de).

## **Rechtschreibung**

Bei allen Zitaten haben wir uns an die im jeweiligen  
Originaldokument verwendete Rechtschreibung gehalten.

## **Titelabbildung**

Stolperstein für Friedrich Lux | Foto: Dirk Lau

## **Druck**

Stubbemann GmbH, Bundesstr. 10, 20146 Hamburg

Gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung,  
Hamburg



# INHALT

Vorwort **4** | Didaktische Einleitung **5** | »Die Namen in Erinnerung bringen« –  
Das Stolperstein-Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig **7**

<b>EINE FAMILIE AUS DEM GRINDEL</b> .....	<b>8</b>
THEMA Rassismus	
<b>AUSGERAUBT DURCH DAS NS-REGIME</b> .....	<b>11</b>
THEMA »Arisierung«	
<b>FLUCHT IN DEN TOD</b> .....	<b>15</b>
THEMEN Flucht   Hilfe für Verfolgte	
<b>SOZIAL AUSGEGRENZT</b> .....	<b>19</b>
THEMEN »Asoziale«   Volksgemeinschaft	
<b>KINDER IM GETTO THERESIENSTADT</b> .....	<b>23</b>
THEMA Hannoverscher Bahnhof	
<b>OPFER VON DENUNZIANTEN</b> .....	<b>26</b>
THEMA »Rassenschande«	
<b>ALS TRANSVESTIT IM VISIER DER POLIZEI</b> .....	<b>30</b>
THEMA Homosexuelle im Nationalsozialismus	
<b>»UNWERTES LEBEN«</b> .....	<b>33</b>
THEMEN »Euthanasie«   »Euthanasie« an Kindern	
<b>SOLIDARISCHER KAMPF IM UNTERGRUND</b> .....	<b>37</b>
THEMA Politischer Widerstand	
<b>UNBEUGSAM AUS GLAUBENSGRÜNDEN</b> .....	<b>41</b>
THEMA Die Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus	
<b>FUSSBALLER BEIM SV ST. GEORG</b> .....	<b>44</b>
THEMA Deserteure	
<b>EXKURS »Wiedergutmachung«</b> <b>47</b>   <b>EXKURS</b> Stolpersteine und Erinnerungskultur <b>49</b>   Eigene Recherche zu Stolpersteinen <b>50</b>   Literatur <b>50</b>	

# VORWORT

Im Jahr 2009 haben wir erstmals Lernmaterialien zum Thema Stolpersteine entwickelt. Sie richteten sich explizit an Kinder im Grundschulalter. Seither gab es immer wieder Nachfragen nach Materialien auch für Jugendliche. Die hier vorliegende Broschüre will dieses Anliegen nun erfüllen. Sie basiert auf Biografien, die im Rahmen des hamburgweiten Projekts »Biographische Spurensuche« für NS-Opfer verfasst wurden, für die in der Hansestadt Stolpersteine liegen.

Zugleich sollen diese Materialien dazu beitragen, den Gedenkort »denk.mal Hannoverscher Bahnhof«, der im Mai 2017 eingeweiht wurde, für Jugendliche auch über das Thema Stolpersteine und die damit verbundenen Lebensgeschichten von NS-Opfern zu erschließen.

Vom Hannoverschen Bahnhof gingen zwischen 1940 und 1945 fast alle Hamburger Transporte in Gettos, Konzentrations- und Vernichtungslager aus. Mindestens 8071 Frauen, Männer und Kinder wurden deportiert, fast alle wurden ermordet. Viele der Biografien des »Spurensuche«-Projekts widmen sich diesen Opfern. Sie erscheinen in der Buchreihe »Stolpersteine in Hamburger Stadtteilen. Eine biographische Spurensuche«, herausgegeben und wissenschaftlich lektoriert von Dr. Rita Bake von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und Dr. Beate Meyer vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden. Außerdem lassen sie sich auf der Website stolpersteine-hamburg.de nachlesen, dort ergänzt durch weitere Lebensbeschreibungen, die nicht zugleich in gedruckter Form vorliegen.

Elf dieser Biografien bilden die Basis der vorliegenden Materialien. Denn auch bereits recherchierte Biografien eignen sich zum Geschichtslernen: Jugendliche können über eine Person leichter Zugang zu einem komplexen historischen Zusammenhang finden; komplexe Zu-

sammenhänge lassen sich durch Beispiele und Erlebnisse realer Personen veranschaulichen.

Einige der Menschen, deren Biografien sich in diesen Materialien finden, stehen exemplarisch für eine Opfergruppe. Außer Jüdinnen und Juden, die die größte Opfergruppe bilden, wurden geistig oder körperlich Behinderte, politische Gegnerinnen und Gegner, Homosexuelle, Deserteure, als »asozial« Entwürdigte und Zeugen Jehovas vom NS-Regime verfolgt, entrechtet und ermordet. Für sie alle liegen Stolpersteine in Hamburg. Hinzu kommen Lebensgeschichten von Männern, Frauen und Kinder, deren Leidensgeschichte bestimmte Aspekte des NS-Regimes verdeutlicht: Denunziation, Verfolgung wegen »Rassenschande«, das Thema Flucht sowie die Themen Raubmord und Enteignung.

Zu den 8071 vom Hannoverschen Bahnhof deportierten Menschen gehörten auch 910 Roma und Sinti. Da ihre Hamburger Community sich gegen Stolpersteine ausgesprochen hat, sind sie in dieser Broschüre nicht vertreten. Das denk.mal Hannoverscher Bahnhof ist für sie der zentrale Gedenkort, an dem sie an ihre vom NS-Regime ermordeten Angehörigen erinnern.

Zum Schluss geht unser herzlicher Dank an alle, die diese Materialien ermöglicht haben: das Stadtteilarchiv Ottensen als Herausgeber, die Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg als Förderin sowie die Autorinnen und Autoren der Biografien. Sie sind im Einzelnen namentlich im Impressum aufgeführt.

**Frauke Steinhäuser**

für das Büro H. Geschichtskommunikation



# DIDAKTISCHE EINLEITUNG

Die Stolpersteine sind ein außerschulischer Lernort. Doch damit sie sich zum historischen Lernen eignen, müssen sie pädagogisch-didaktisch erschlossen werden. Das leisten die vorliegenden Materialien – und zwar sowohl über die mit den Stolpersteinen verbundenen Biografien als auch über die Funktion der Steine als Teil der Erinnerungskultur.

Die Materialien wenden sich schulformübergreifend an Jugendliche ab Klasse 9 bzw. ab etwa 14 Jahren. Sie enthalten elf Lebensgeschichten von Männern, Frauen und Kindern, für die in Hamburg Stolpersteine verlegt sind, sowie zahlreiche mit diesen Lebensgeschichten verbundene Aufgaben.

Die didaktischen Leitlinien sind Multiperspektivität, Kontroversität, Gegenwarts- und Lebensweltbezug, Problem- und Handlungsorientierung. Zugleich fördern die Materialien gemäß den Hamburger Bildungsplänen für Geschichte an Gymnasien und Stadtteilschulen die drei historischen Kernkompetenzen: Orientierungs-, Methoden- und Urteilskompetenz.

Anhand der biografischen Darstellungen können die Jugendlichen erkennen, wie sich die rassistischen, ausgrenzenden und entrechtenden Maßnahmen der Nationalsozialisten konkret auf das Leben Einzelner auswirkten und fast immer zu deren physischer Vernichtung führten. Zahlreiche Quellen belegen und ver-



**Zur Einweihung des Stolpersteins für Sonia Wechsler in Eimsbüttel 2015 kamen zahlreiche Angehörige von ihr aus dem Ausland nach Hamburg. – Auch Schülerinnen und Schüler könnten beispielsweise die Verlegung und Einweihung eines Stolpersteins organisieren.**

© Stefanie Brückner

deutlichen diese Maßnahmen; Themen-Kästen liefern Hintergrundinformationen sowohl zu den verschiedenen Opfergruppen als auch zu speziellen Aspekten der NS-Herrschaft, die an der jeweiligen Biografie besonders deutlich werden.

Die Auswahl der Biografien richtete sich danach, alle Opfergruppen (bis auf die Roma und Sinti aus den im Vorwort genannten Gründen) zu berücksichtigen, also auch die kaum bekannten, sowie danach, das ganze Hamburger Stadtgebiet einzubeziehen. Sämtliche Biografien sind der Website [stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de) entnommen, dort finden sich jeweils auch detaillierte Quellenangaben.

Es ist möglich, die gesamten Materialien in einer Projektwoche zu verwenden (zum Beispiel in arbeitsteiliger Gruppenarbeit mit anschließender Präsentation ausgewählter Ergebnisse). Genau so gut lassen sich aber auch nur einzelne Biografien zum Verdeutlichen bestimmter Themen einsetzen. Eine eigene Einheit beschäftigt sich mit der immer wieder auch kontrovers diskutierten Bedeutung der Stolpersteine für die Erinnerungskultur. Diese Einheit findet sich am Ende der Materialien; sie kann je nach Bedarf allein verwendet werden, lässt sich aber auch mit allen oder mit nur einzelnen Biografien kombinieren – auch hier wieder je nach Themenschwerpunkt und vorhandener Zeit.

Zu den einzelnen Kapiteln und Themen gibt es stets grundlegende und weiterführende Aufgaben. Erstere decken die Anforderungsbereiche I bis II ab, Letztere den Anforderungsbereich III. Verbunden mit den jeweils zugeordneten Operatoren dient diese Gliederung auch bereits als Vorbereitung für das Zentralabitur Geschichte.

Grundsätzlich gilt für die Beschäftigung mit den Biografien: Sie soll Empathie wecken, aber nicht zur Identifikation mit den Opfern führen. Für ein »Nie wieder!« ist das Wissen um Strukturen, Denk-, Sprech- und Verhaltensweisen unabdingbar. Strukturen, Denk-, Sprech- und Verhaltensweise, die zur Vernichtung »Volksfremder«

führten, die das Wegschauen bei Diskriminierung und Gewalt begünstigten und die die Gleichgültigkeit gegenüber dem Leiden anderer ermöglichten. Ebenso wichtig ist die Suche nach Antworten auf die Frage: Woraus entsteht die Fähigkeit, sich solchen Tendenzen entgegenzustellen, und wie kann sie gefördert werden?

Auch die Frage »Wie hätte ich mich damals verhalten?« wird in diesen Materialien nicht gestellt, denn sie lässt sich nicht seriös beantworten. Über den Gegenwartsbezug, der in Themen wie »Ausgrenzung«, »Handlungsspielräume« und »Was ist Widerstand?« liegt, sollen die Schülerinnen und Schüler vielmehr der Frage nachgehen: Wie verhalte ich mich heute?

Die vorliegenden Materialien basieren auf bereits recherchierten und geschriebenen Biografien. Auf S. 50 finden Sie aber auch Hinweise dazu, wie Jugendliche selbst nach NS-Opfern recherchieren und einen Stolperstein verlegen lassen können. Die Organisation einer Stolperstein-Einweihung kann ebenfalls ein motivierender Lernanlass sein.

Viele Aufgaben verlangen eine Internetrecherche. Dabei ist es sinnvoll, die Schülerinnen und Schüler auch begründen zu lassen, warum sie die verwendeten Websites gewählt haben. Und sollte das nicht Internet nicht permanent zur Verfügung stehen oder nicht ständig genutzt werden, gibt es auf S. 50–51 Vorschläge für einen Handapparat aus einschlägiger Sachliteratur, überwiegend mit Hamburg-Bezug. Hilfreich ist zudem das Glossar in den Büchern zur »Biographischen Spurensuche« sowie auf der Website [stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de).

Und noch ein letzter Hinweis: Diese Materialien liegen auch als Download-PDF auf [www.stadtteilarchiv-ottensen.de](http://www.stadtteilarchiv-ottensen.de) und auf der Website der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, [hamburg.de/politische-bildung](http://hamburg.de/politische-bildung) vor.

## »DIE NAMEN IN ERINNERUNG BRINGEN«

Das Stolperstein-Projekt des Kölner Künstlers Gunter Demnig

<sup>1</sup> Seit 1995 erinnert der Künstler Gunter Demnig an NS-Opfer durch kleine Gedenksteine, die er meist vor ihrem letzten freiwillig gewählten Wohnort verlegt: die »Stolpersteine«. Betonwürfel von 10 x 10 x 10 Zentimetern, die auf der Oberseite eine Messingplatte tragen, in die die Lebens- und Verfolgungsdaten der jeweiligen Person graviert sind, und die so in den Boden eingelassen werden, dass nur noch die Metalltafel mit der Inschrift zu sehen ist.

Durch die vor Ort verlegten Stolpersteine sollen Anwohnerinnen und Anwohner, Passantinnen und Passanten erkennen, dass das Grauen nicht erst in Treblinka begann, sondern schon vor ihrer Tür. »Die Menschen wurden sozial immer weiter heruntergestuft«, so Demnig, »bis sie im ›Judenhaus‹ landeten und ihre Heimat verlassen mussten. Und alle haben es gelesen, gesehen und gehört!« Auch deshalb bringt er die Namen in die alte Umgebung zurück und errichtet nicht irgendwo ein zentrales Denkmal, wo »Kränze für alle« niedergelegt werden. Die Stolpersteine gelten heute als größtes dezentrales Mahnmal der Welt und mit jedem verlegten Stein bekommt ein Opfer seinen Namen zurück. Inzwischen (2017) liegen über 60 000 Steine in Deutschland und 20 weiteren europäischen Ländern.



© Ingo Witte

**Gunter Demnig beim Verlegen des Stolpersteins für Sonia Wechsler**

<sup>30</sup> 2002 holte der Hamburger Peter Hess das Projekt in die Hansestadt; mittlerweile (2017) sind fast 5200 Stolpersteine verlegt. Vor allem Privatpersonen und Geschichtswerkstätten tragen das Projekt, aber auch Hausgemeinschaften, Berufsverbände, Parteien, Schüler- oder Konfirmandengruppen. Sie recherchieren die Lebensdaten und Verfolgungswege der Opfer, übernehmen Patenschaften oder werben Patinnen und Paten, die die 120 Euro für einen <sup>40</sup> Stein bezahlen. Durch die Recherchen kommt es auch zu vielfältigen, weltweiten Kontakten – anfangs noch mit Überlebenden, inzwischen zunehmend mit deren Nachkommen. Damit haben sich die Stolpersteine auch zu einer sozialen Skulptur entwickelt.

## DAS HAMBURGER STOLPERSTEIN-PROJEKT

<sup>1</sup> Die Landeszentrale für politische Bildung und das Institut für die Geschichte der deutschen Juden geben zusammen die Buchreihe »Stolpersteine in Hamburg. Biographische Spurensuche« heraus. <sup>5</sup> Die nach Stadtteilen gegliederten Publikationen enthalten umfangreiche Biografien zu Menschen, für die Stolpersteine verlegt wurden. Die Bücher sind für je 3 Euro im Infoladen der Landeszentrale erhältlich ([hamburg.de/politische-bildung](http://hamburg.de/politische-bildung)).

<sup>10</sup> Die Biografien finden sich zudem auf der Website [stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de). Dort gibt es auch Hinweise für eigene Recherchen und zu Patenschaften.

Schließlich ist eine kostenlose App namens <sup>15</sup> »Stolpersteine Hamburg« für Smartphones erhältlich. Damit lassen sich Biografien auch von unterwegs abrufen oder Stolpersteine in der Nähe des jeweiligen Standorts anzeigen.



## EINE FAMILIE AUS DEM GRINDEL

- Kurt Hermann Ehrenberg | 1892 – 1941 Getto Minsk, ermordet
- Gertrud Ehrenberg, geb. Jacobson | 1898 – 1941 Getto Minsk, ermordet
- Inge Friederike Flora Ehrenberg | 1933 – 1941 Getto Minsk, ermordet
- Lotte Julia Martha Ehrenberg | 1936 – 1941 Getto Minsk, ermordet
- Blanka Ehrenberg, geb. Steinberg | 1868 – 1943 Getto Theresienstadt, ermordet

Grindelhof 64 und 83 | Rotherbaum

<sup>1</sup> **D1** Kurt Hermann Ehrenbergs Eltern waren der jüdische Kaufmann Ludwig Ehrenberg und dessen ebenfalls jüdische Frau Blanka, geborene Steinberg. Im Ersten Weltkrieg war Kurt Soldat

<sup>5</sup> bei der kaiserlichen Flotte. Danach arbeitete er als Zahlmeister auf verschiedenen Schiffen der Hamburger Reederei Hapag. 1931 heiratete er Gertrud Jacobson. Ihre Eltern

<sup>10</sup> Sigmund und Mary betrieben ein Geschäft für Theaterbedarf in der Rentzelstraße 14 im Grindel. Dort wohnten sie auch und dorthin zogen zunächst auch Kurt und Gertrud. Anfang 1933

kam ihre erste Tochter Inge zur Welt. Ende 1933 <sup>15</sup> fand die junge Familie eine eigene Wohnung in der Semperstraße 74 in Winterhude. 1936 wurde dort die zweite Tochter Lotte geboren.

Im September 1937 entließ die Hapag Kurt <sup>20</sup> Ehrenberg. Anschließend arbeitete er als Sprachlehrer. Im Juni 1939 starb sein Vater mit 77 Jahren. Die Mutter Blanka zog daraufhin mit Kurt und seiner Familie an den Grindelhof 64. Es dürfte kein freiwilliger Umzug mehr gewesen <sup>25</sup> sein, denn das Reichsgesetz über die »Mietverhältnisse mit Juden« hatte die freie Wohnungs-



**Q1** Gertrud Ehrenberg, ihre Mutter Mary Jacobson, Blanka Ehrenberg (vor sich ein Foto ihres Sohnes Kurt), Ludwig Ehrenberg und Sigmund Jacobson, Gertruds Vater (v. l. n. r.)



wahl für Jüdinnen und Juden am 30. April 1939 aufgehoben.

- 30 Als Sprachlehrer verdiente Kurt Ehrenberg kaum etwas. Eine Abrechnung von Juni 1940 bezifferte die Familiensparnisse auf 31 Reichsmark Bankguthaben und den Rückkaufwert einer Lebensversicherung von 2.500 Reichsmark. Beides zog der Hamburger Oberfinanzpräsident im November 1940 »zu Gunsten des Deutschen Reiches« ein.

1941 mussten Kurt, Gertrud und ihre Töchter als Untermieter zu Valentina und Erna Brociner in den Grindelhof 83 ziehen. Die beiden Frauen hatten bereits einen jüdischen Untermieter namens Leopold Bielefeld, sodass nun insgesamt neun Personen in der Wohnung lebten.

- 45 Am 8. November 1941 wurden Kurt Ehrenberg und Leopold Bielefeld vom Hannoverschen Bahnhof aus in das Getto Minsk deportiert und dort ermordeten. Kurt wurde 49 Jahre alt. Zehn Tage nach ihm, am 18. November 1941, wurden auch seine Frau Gertrud und die Töchter Inge und Lotte sowie Valentina und Erna Brociner nach Minsk verschleppt und ermordet. Gertrud wurde 43, Inge 8 und Lotte 5 Jahre alt.

Für den Hausrat, der sich nach der Deportation aller neun Bewohnerinnen und Bewohner noch in der Wohnung Brociner befand, führte das Hamburger Auktionshaus Schlüter eine öffentliche Versteigerung durch. Der Erlös fiel abzüglich der Auktionskosten an die Stadt Hamburg.

Kurts Mutter Blanka hatte offenbar noch in der Wohnung am Grindelhof 64 bleiben dürfen. Anfang 1942 wurde sie in das »Judenhaus« Kielortallee 22 in Eimsbüttel eingewiesen, das ehemalige Oppenheim-Stift. Dort bekam sie den Befehl für die Deportation am 15. Juli 1942 vom Hannoverschen Bahnhof aus in das Getto Theresienstadt.

Blanka Ehrenbergs Neffe Werner Steinberg, der die Shoah überlebte, erinnerte sich später: »Meine liebe Tante Blanche musste mit ande-

The image shows a German death certificate (Todesfallanzeige) for Blanca Ehrenberg. The document is filled with handwritten information. Key details include: Name (Ehrenberg geb. Steinberg), Vorname (Blanka), Geburtsdatum (4.6.1888), Geburtsort (Hamburg), Sterbedatum (29.1.1943), and Sterbeort (Theresienstadt). The document also lists the names of her parents and the attending physician, Dr. Hans Fischer. The document is stamped with 'Todesfallanzeige' and 'Theresienstadt'.

## Q2 Der jüdische Ältestenrat im Getto Theresienstadt musste für alle dort Umgekommenen Todesfallanzeigen ausstellen. Hier die Todesfallanzeige für Blanca Ehrenberg

- 75 ren älteren Menschen einen offenen, polizeilich gesicherten Lastwagen besteigen, der sie von ihrer Wohnung im Oppenheim-Stift zu einer Sammelstelle am Bahnhof Sternschanze transportierte. Meine Mutter und ich umarmten sie vor dem Besteigen des Lastwagens noch einmal und zum letzten Mal. Aus ihrer Wohnung konnte ich selbst mit knapper Not entkommen, als die Gestapo-Beamten bereits lärmend am Verteilen der Hinterlassenschaft waren. – Der Abtransport der Juden geschah nicht etwa bei Dunkelheit oder Nacht und Nebel, sondern nachmittags bei hellem Sommerwetter. Trotzdem war die Straße menschenleer und keine Gardine bewegte sich. Eine makabre Ruhe.«

Blanka Ehrenberg starb im Getto Theresienstadt am 29. Januar 1943.

## THEMA RASSISMUS

<sup>1</sup> **D2** Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 ergriffen diese fast 2000 Maßnahmen, um Jüdinnen und Juden aus der Gesellschaft auszugrenzen, zu entrechten, auszurauben und zu <sup>5</sup> verfolgen. Dabei definierten sie das Judentum – wissenschaftlich unhaltbar – als »Rasse«. Mit den Nürnberger Gesetzen schufen sie 1935 die rechtliche Grundlage für die Verfolgung der Jüdinnen und <sup>10</sup> Juden. Da es ihnen aber anhand rassistischer Kriterien nicht gelang, zu bestimmen, wer jüdisch sein sollte, richteten sie sich nach der Religionszugehörigkeit. Jüdisch war, wer mindestens drei Großeltern jüdischer Konfession hatte. Damit wurden auch nicht religiöse oder christlich getaufte Männer, Frauen und <sup>15</sup> Kinder als jüdisch kategorisiert und verfolgt.



**Q3** Deutsche Jüdinnen und Juden mussten ab dem 1. Januar 1939 eine mit einem »J« markierte Kennkarte bei sich tragen.

© Terezin Memorial

### AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

- 1** Plenum Lest **D1, D2, Q2** und **Q3** und arbeitet heraus, welche antisemitischen Maßnahmen die Familie Ehrenberg betrafen.
- 2** Plenum **D1, D2, Q3** Erklärt: Warum handelt es sich bei dem, wie das NS-Regime die Familie Ehrenberg behandelte, um Rassismus?
- 3** Einzelarbeit | Plenum Lies **D1** und schau dir **Q1** und **Q2** quellenkritisch an. Schreibe

dann anhand der darin enthaltenen Informationen ein Porträt von Blanca Ehrenberg.

- 4** Einzelarbeit | Plenum Liste auf, was du letzte Woche gemacht hast. Informiere dich dann über antijüdische Maßnahmen des NS-Regimes. Streiche anschließend alles in der Liste durch, was du nicht mehr hättest machen dürfen, wenn du im NS-Regime jüdisch gewesen wärst. Bewerte das Ergebnis.

### AUFGABEN | WEITERFÜHREND

- 1** Gruppenarbeit | Plenum An der Verfolgung und Deportation der Familie Ehrenberg waren viele Personen, Firmen und Institutionen beteiligt und viele haben davon profitiert. Arbeitet aus **D1** heraus, wer Nutzen aus der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden zog und wie. Erstellt daraus eine Grafik, zum Beispiel eine Mindmap. Stellt eure Ergebnisse danach im Plenum vor und diskutiert, was die Beteiligung der Personen und Gruppen über das NS-Regime aussagt.

- 2** Partnerarbeit | Plenum Arbeitet aus **D1** heraus, wer alles von der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung wusste. Schreibt anschließend einen Dialog zwischen zwei Personen im Nachkriegsdeutschland: Die eine Person behauptet, aus verschiedenen Gründen nichts davon gewusst zu haben; die andere widerlegt dies, ebenfalls begründet. Ihr könnt den Dialog auch als Audiodokument aufnehmen oder als Rollenspiel präsentieren.

# AUSGERAUBT DURCH DAS NS-REGIME

■ **Adolf Robertson** | 1862 – 1942 Hamburg, Selbsttötung

Lübecker Straße 13–15 | Hohenfelde

<sup>1</sup> **D1** »Gegen 10 Uhr teilte mir der Sohn des Adolf Robertson mit, dass die Zimmertür seines Vaters verschlossen sei. Da der Verdacht des Selbstmords vorlag, ließen wir den Schlossermeister Kabel, wohnhaft Rappstraße 40, die Tür öffnen. Robertson lag leblos auf dem Fußboden. Ich benachrichtigte sofort die Polizei.« So lautete der Aktenvermerk, den ein Kriminalassistent der Hamburger Polizei nach der Aussage Wilhelmine Annemarie Sorths anfertigte, der Verwalterin des Hauses in der Heinrich-Barth-Straße, in dem Adolf Robertson untergebracht war. Ebenfalls in der Akte findet sich die Aussage von Adolf Robertsons Sohn Hans: »Der Verstorbene ist <sup>15</sup> mein Vater. Gestern war ich zuletzt bei ihm. Er war sehr aufgeregt, weil er Bescheid bekommen hatte, dass er heute um elf Uhr von Hamburg fort müsse. (...) Mein Vater sagte gestern, er wäre doch gerne bei seiner Frau auf dem Ohlsdorfer Friedhof beerdigt worden.«

Hinter der Formulierung, »dass er heute um elf Uhr von Hamburg fort müsse«, verbirgt sich der Befehl zur Deportation, den der achtzigjährige <sup>25</sup> Adolf Robertson am Tag zuvor, am 14. Juli 1942, erhalten hatte. Und er wusste genau, dass er nicht mehr lebend zurückkehren würde. Voll Trauer sind seine Worte, dass er doch gerne bei seiner Frau beerdigt worden wäre. Eugenie Robertson war 1940 gestorben, kurz nachdem Adolf und sie goldene Hochzeit gefeiert hatten.

Der Hamburger Adolf Robertson hatte Kaufmann gelernt und 1885 eine Zigarrenfabrik gegründet. <sup>35</sup> 1901 gab er diese auf und spezialisierte sich als »Bank-Finanz-Assecuranz-Makler«. Sein Büro lag in der Innenstadt, mit seiner Familie wohnte er in der Lübecker Straße 35/37. Bereits 1889 hatte er die Stuttgarterin Eugenie Liebmann geheiratet,

im Jahr darauf war der Sohn Hans Siegfried zur Welt gekommen.

Bis 1918 war Adolf Robertsons Verdienst relativ niedrig, entsprechend gering war der Kultussteuerbetrag, den er an die Hamburger jüdische Gemeinde entrichtete. Doch dann stieg sein Jahresumsatz kontinuierlich. Nach und nach erarbeitete er sich ein Vermögen, dass er in

**Q1** Ab November 1938 durfte Adolf Robertson nicht mehr frei über seine Konten verfügen und musste alle Extraausgaben, wie hier Arztkosten für seine schwer kranke Frau, vom Hamburger Oberfinanzpräsidenten genehmigen lassen.

Wertpapieren und Grundbesitz anlegte. 1921  
<sup>50</sup> stieg sein Sohn Hans in die Firma ein.

Seine Eltern hatten Adolf Robertson keinen hebräischen, sondern einen seinerzeit beliebten deutschen Vornamen gegeben – ein Hinweis  
<sup>55</sup> darauf, dass sie sich als assimiliert verstanden und ihre jüdische Religion nicht orthodox lebten. Das galt auch für Adolf selbst. 1925 trat er sogar aus der jüdischen Gemeinde aus.

<sup>60</sup> Die Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 hatte nicht sofort gravierende wirtschaftliche Folgen für Adolf Robertson. Doch ab November 1938 wurde auch er Opfer der Ausraubung der jüdischen Bevölkerung im und durch  
<sup>65</sup> das NS-Regime. Da erließ die Zollfahndungsstelle Hamburg eine »Sicherungsanordnung« gegen ihn und seine Frau. Ab sofort durften sie über ihre Wertpapiere, ihren Grundbesitz und ihre Konten bei der Reichsbank und der Deutschen Bank nur noch mit Erlaubnis des Hamburger Oberfinanzpräsidenten verfügen. Grund für diese Maßnahmen war, so die stereotype Formulierung der Zollfahndungsstelle: »Herr Robertson u. seine Frau sind Juden. Es besteht  
<sup>70</sup> Auswanderungsverdacht. Bei der in letzter Zeit immer mehr zunehmenden Abwanderung von Juden und den hierbei gemachten Erfahrungen ist es erforderlich das Vermögen zu sichern.«

Im Dezember 1938 mussten Adolf und Hans  
<sup>80</sup> Robertson zudem gemäß der »Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens« ihre Firma abwickeln, 53 Jahre nach der Gründung. Entsprechend dieser Verordnung musste Adolf Robertson auch seinen Grundbesitz veräußern.

<sup>85</sup> Davon profitierte gleich eine Reihe nichtjüdischer Hamburgerinnen und Hamburger. Das Grundstück Lübecker Straße 35/37 ging zusammen mit dem dort befindlichen Wohnhaus an eine Helena Rebattu in Klein Flottbek. Sie  
<sup>90</sup> war die Ehefrau des Notars Hermann Rebattu, dessen Kanzlei den Verkauf abwickelte. Für das Grundstück samt Haus erhielt Adolf Robertson 58 000 Reichsmark, davon abgezogen wurden rund 35 500 Reichsmark Hypotheken. Helena  
<sup>95</sup> Rebattu zahlte noch eine »Ausgleichsabgabe« von 7000 Reichsmark an die Verwaltung für Handel, Schifffahrt und Gewerbe zugunsten des Deutschen Reichs, weil auch der Staat von den »Arisierungsgewinnen« profitieren wollte.

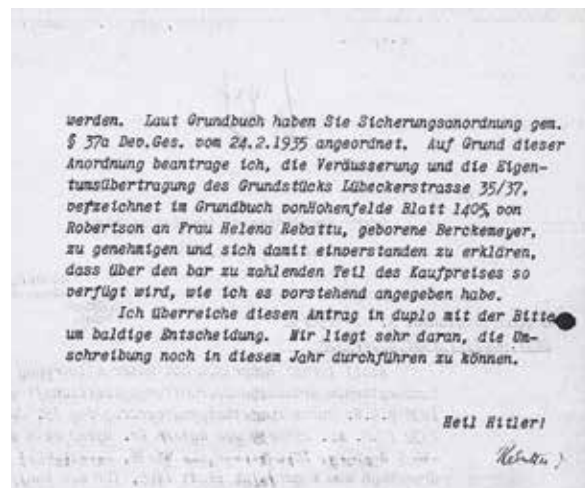
<sup>100</sup> Von der verbliebenen Summe musste Adolf Robertson mit 14 500 Reichsmark ein Fünftel der von ihm verlangten »Judenvermögensabgabe« zahlen, eine weitere Zwangsmaßnahme  
<sup>105</sup> zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Jüdinnen und Juden. Insgesamt 20 Prozent seines Vermögens musste er dafür entrichten. Damit waren noch 8000 Reichsmark

## THEMA »ARISIERUNG«

<sup>1</sup> **D2** Der NS-Begriff »Arisierung« bezeichnet die Entfernung der Jüdinnen und Juden aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben und die damit erzwungene Übertragung ihres Vermögens auf Nichtjüdinnen  
<sup>5</sup> und -juden. Nach dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 erfolgte die Verdrängung jüdischer Unternehmen in Hamburg zunächst langsamer als sonst im Deutschen Reich. Die lokalen NS-Macht-haber wollten die schwierige Wirtschaftslage der  
<sup>10</sup> Stadt infolge der Wirtschaftskrise 1929 nicht unnötig verschärfen. Nach dem Novemberpogrom 1938 kam es allerdings zu einem »Bereicherungswettlauf«, so der Historiker Frank Bajohr, bei dem bis 1939 rund 1500 jüdische Eigentümerinnen und

<sup>15</sup> Eigentümer ihre Unternehmen zwangsweise liquidieren oder weit unter dem marktüblichen Preis an nichtjüdische Interessenten verkaufen mussten. Die ursprünglichen Besitzerinnen und Besitzern erhielten meist nur einen Teil des Wertes;  
<sup>20</sup> ab 1935 wurde vor allem der immaterielle Wert wie der Kundenstamm, das Ansehen und die Verbindungen einer Firma nicht mehr angerechnet. »Arisiert« wurden zudem zahllose Immobilien sowie im weiteren Sinne das private Vermögen  
<sup>25</sup> durch Steuern und Zwangsabgaben. Außerdem zog das NS-Regime das gezwungenermaßen zurückgelassene Vermögen geflohener und deportierter Jüdinnen und Juden zu seinen Gunsten ein.





**Q2 Adolf Robertson musste gemäß der »Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens« im Dezember 1938 das Grundstück Lübecker Straße 35/37 verkaufen, wo seine Familie und er über zwanzig Jahre lang gewohnt hatten. Den Verkauf wickelte der Hamburger Notar Hermann Rebattu ab. Seine Ehefrau erwarb das Grundstück.**

übrig, die für Steuern und andere Abgaben im Zusammenhang mit dem Verkauf anfielen – darunter eine erhöhte Bearbeitungsgebühr für die Genehmigung durch die nächsthöhere Verwaltungsbehörde. Zu zahlen war diese Gebühr ebenfalls an die Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe oder an die Hamburgische Grundstücksverwaltungsgesellschaft von 1938 mbH, die die Gauleitung Hamburg eigens zum Zweck der Enteignung jüdischer Immobilienbesitzerinnen und -besitzer gegründet hatte. Der geringe Restbetrag ging auf Adolf Robertsons gesperrtes Konto bei der Deutschen Bank.

Die anderen Grundstücksverkäufe, die er bis April 1942 vornehmen musste, verliefen fast genauso. Die Liegenschaften Bundesstraße 4 und Grindelallee 5 etwa fielen an den Rechtsanwalt Friedrich Niebuhr. Dieser zahlte 13 500 Reichsmark »Ausgleichsabgabe« an die Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, von dem Erlös musste Adolf Robertson 11 700 Reichsmark »Judenvermögensabgabe« entrichten. Bei all diesen Grundstückstransaktionen betätigten sich als Makler unter anderem Jacob Volckerts und J. Christian Glück; die Beurkundungen nahmen u. a. die

135 Notare Gustav Otto Bartels, Gottfried Wäntig und der bereits erwähnte Hermann Rebattu vor.

Ihre sämtlichen Wertpapiere mussten Adolf und Eugenie Robertson zudem in ein Depot bei der Deutschen Bank geben. Sie durften sie zwar verkaufen, die Erlöse mussten sie aber auf ein Konto einzahlen, das sich ebenfalls bei der Deutschen Bank befand und über das sie wieder nur mit Erlaubnis des Oberfinanzpräsidenten verfügen durften. Auch wurden sie gezwungen, bis zum 31. März 1939 ihre Juwelen, Edelmetalle und Kunstgegenstände bei staatlichen Ankaufstellen abzuliefern. So musste Adolf Robertson unter anderem Silberbestecke für 24 Personen, zwei große fünfarmige Leuchter, mehrere brillantenbesetzte Uhren und Krawattennadeln, Schmuck, Manschettenknöpfe sowie verschiedene Edelsteine in die öffentliche Leihanstalt am Bäckerbreitengang bringen.

150 Nach dem erzwungen Verkauf des Grundstücks Lübecker Straße 35/37 durften die Robertsons dort auch nicht mehr wohnen und zogen als Untermieter einer Familie Mendel in die Hammer Landstraße 59.

Auch Hans Robertson und seine Familie mussten ihre Wohnung verlassen. Sie siedelten aus dem Hofweg in die Grindelallee über. Da Hans' Ehefrau Elisabeth nichtjüdisch war und das Ehepaar ein Kind hatte, lebten beide gemäß den Kategorien der Nationalsozialisten in einer »privilegierten« Mischehe. Damit war Hans vor der Deportation geschützt. Er musste allerdings genau wie viele andere in Mischehe lebende Männer und Frauen Zwangsarbeit leisten. Willibald Schallert, der Leiter der »Sonderdienststelle J« des Hamburger Arbeitsamtes, wies ihn erst der Blankeneser Firma Joh. C. Meyer zu, für die er Müllbeseitigung, Siel- und Straßenreinigung verrichten musste. Danach musste er bei dem Harburger Kraftfutterhersteller Joh. Bischoff als Sackträger arbeiten und bei dem Schuhwarengroßhandel Ernst Jung als Packer und Verloader. Am 25. Juni 1940 starb Eugenie Robertson nach langer Krankheit. Noch knapp zwei Jahre blieb Adolf Robertson Untermieter der Familie

Mendel in Hamm. Am 18. März 1942 wurde er in das »Judenhaus« Heinrich-Barth-Straße 8 im Grindel eingewiesen. In der kleinen Wohnung lebten außer ihm noch vier weitere Personen.

Am 14. Juli 1942 erfuhr Adolf Robertson, dass er am nächsten Tag deportiert werden sollte. Er sei daraufhin sehr erregt gewesen und hätte ein auffallend rotes Gesicht gehabt, gab seine Mitbewohnerin Margarethe Steinberg später zu Protokoll. In der Nacht setzte er seinem Leben mit Tabletten ein Ende. Vorher hatte er noch eine ausgefüllte, aber nicht unterschriebene »Judenvermögenserklärung« und die Kennkarte, die ihn als Juden im Sinne der NS-Rassegesetze auswies, sichtbar auf seinen Schreibtisch gelegt. Er war mit einem graugestreiften Anzug, einem Oberhemd mit Manschettenknöpfen, Socken und Hausschuhen bekleidet. Und er trug zwei Trauringe, seinen und den seiner verstorbenen Frau Eugenie.

## AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Partnerarbeit | Plenum **Erstellt mittels D1, D2, Q1 und Q2 einen Zeitstrahl:** Unten tragt ihr die verschiedenen wirtschaftlichen Maßnahmen des NS-Regimes gegen Jüdinnen und Juden ein. Oben fügt ihr die konkreten Auswirkungen auf die Robertsons hinzu. Fasst eure Erkenntnisse in einem Satz zusammen.

**2** Partnerarbeit | Plenum **D1, D2, Q1, Q2** Von der Ausraubung der Jüdinnen und Juden

profitierten zahlreiche Berufsgruppen. Arbeitet heraus, welche bei Adolf Robertson beteiligt waren, und beschreibt, worin die Beteiligung bestand. Bewertet die Ergebnisse.

**3** Einzelarbeit | Plenum **D1, D2** Interpretiere die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Ausbeutung der jüdischen Bevölkerung im Zusammenhang mit ihrer Verfolgung durch das NS-Regime.

## AUFGABEN | WEITERFÜHRENDE

**1** Einzelarbeit | Plenum **D1, D2, Q1, Q2** Verfasse mehrere Tagebucheinträge, in denen Adolf Robertson ab November 1938 seine persönliche und finanzielle Situation beschreibt und wie es ihm damit ergeht.

**2** Einzelarbeit | Plenum **D1** Adolf Robertsons Sohn Hans lebte in einer Mischehe.

Recherchiere zunächst in der Sekundärliteratur und im Internet, was darunter zu verstehen ist und welche Auswirkungen die Mischehe für Jüdinnen und Juden in Hamburg während des NS-Regimes hatte. Erstelle dann aus Deinen Ergebnissen einen fiktiven Wikipedia-Eintrag mit Inhaltsverzeichnis, Links, Literaturangaben, Fußnoten und gegebenenfalls Abbildungen.

# FLUCHT IN DEN TOD

- **Anna Apteker, geb. Hahn** | 1868 – 1943 KZ und Vernichtungslager Auschwitz, ermordet
- **Editha Apteker, geb. Goldmann** | 1902 – 1943 KZ und Vernichtungslager Auschwitz, ermordet
- **Lisette Apteker** | 1930 – 1943 KZ und Vernichtungslager Auschwitz, ermordet
- **Susanne Apteker** | 1934 – 1943 KZ und Vernichtungslager Auschwitz, ermordet
- **Charles Apteker** | 1941 – 1943 KZ und Vernichtungslager Auschwitz, ermordet

Rieckhoffstraße 8 | Harburg

<sup>1</sup> **D1** Am 3. Januar 1895 kam Nathan Apteker in Galizien zur Welt. Seine Eltern waren Anna und Chaim Abraham Apteker. Damals gehörte Galizien zur Donaumonarchie Österreich-Ungarn; <sup>5</sup> nach dem Ersten Weltkrieg wurde es polnisch, heute weht dort die ukrainische Flagge. Ende 19., Anfang 20. Jahrhundert zog die Familie Apteker nach Harburg, damals noch kein Teil von Harburg, sondern eine preußische Stadt.

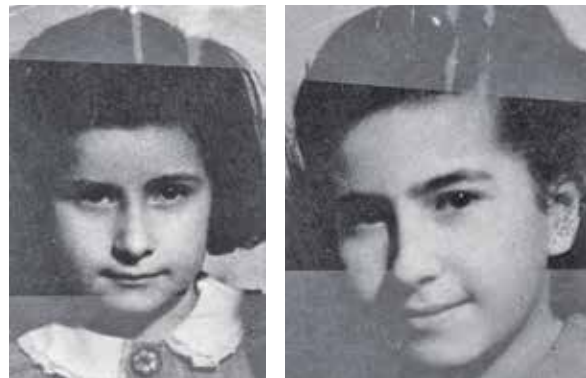
<sup>10</sup> 1929, Nathan war 34 Jahre alt, heiratete er die ebenfalls jüdische Harburgerin Editha Goldmann. Das Paar bezog eine Wohnung in der heutigen Rieckhoffstraße. Dort wuchs auch die Tochter <sup>15</sup> Lisette auf. Nach dem Tod seines Vaters nahm Nathan seine Mutter Anna zu sich. Mithilfe seines Schwiegervaters eröffnete er in Harburg ein Strumpfwarengeschäft, von dem er sich während der Weltwirtschaftskrise jedoch wieder <sup>20</sup> trennen musste. Zum Glück fand er beim Kaufhaus Kepa in Harburg ein neues Auskommen.

Als Sozialdemokrat und Jude war Nathan Apteker den Nationalsozialisten gleich doppelt <sup>25</sup> suspekt. Bereits am 1. April 1933 kündigte ihm sein Arbeitgeber fristlos. Da er sich keine Illusionen über seine Zukunft im nationalsozialistischen Deutschland machte, floh Nathan am 1. September 1933 mit Frau und Tochter nach Belgien. <sup>30</sup> Seine Mutter Anna folgte ihnen zwei Wochen später. Die Flüchtlinge konnten in der fremden Umgebung offenbar schnell Fuß fassen. Nathan eröffnete mit seinem auch aus Deutschland geflohenen Schwager Curt-Julius Goldmann bald



© Yad vashem

**Q1 Anna Apteker und Editha Aptker**



© Yad vashem

**Lisette und Susanne Apteker**



© Yad vashem

**Charles Apteker**

<sup>35</sup> ein kleines Restaurant in Antwerpen. Mit großer Freude begrüßte die ganze Familie am 6. November 1934 die Geburt der kleinen Susanne Apteker.

Das Glück endete, als deutsche Truppen am 10. <sup>40</sup> Mai 1940 Belgien überfielen. Die Familie floh vorübergehend nach Nordfrankreich. In dieser Zeit wurde ihr Restaurant total verwüstet. Nach einigen Wochen kehrte sie nach Antwerpen zurück. Doch Nathan durfte weder seine Gaststätte <sup>45</sup> weiterführen noch eine feste bezahlte Beschäftigung annehmen. Wovon sollte er jetzt seine Familie ernähren? Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Das Geld, das Nathan mit Gelegenheitsarbeiten <sup>50</sup> verdiente, reichte kaum für das Nötigste. In dieser schweren Zeit wurde Nathan und Edithas drittes Kind geboren, der kleine Charles.

Die Situation spitzte sich weiter zu, als die deutsche <sup>55</sup> Militärverwaltung des Landes ab Juli 1942

10 000 staatenlose Jüdinnen und Juden aus Belgien in die nationalsozialistischen Vernichtungslager im Osten verschleppte. Ausgangspunkt dieser Transporte war die Kaserne Dossin <sup>60</sup> in Mechelen (Malines). Am 7. April 1943 wurden auch Nathan und Editha Apteker mit ihren Kindern Lisette, Susanne und Charles sowie mit Nathans Mutter Anna dorthin gebracht. Bis dahin hatten bereits 19 Deportationszüge mit <sup>65</sup> 18 492 Jüdinnen und Juden das Sammellager in Richtung Auschwitz verlassen. Da Kinder und alte Menschen nicht davon verschont geblieben waren, wuchsen bei den im Lager Internierten die Zweifel an der offiziellen Version, <sup>70</sup> dass sie im Osten in Arbeitslager gebracht würden. Fluchtversuche aus den Transporten nach Auschwitz waren nicht selten.

Am Morgen des 19. April 1943 rollte der nächste <sup>75</sup> Güterzug in das Sammellager. Es dauerte den ganzen Tag, bis alle Wagen beladen waren. Eine

## THEMA FLUCHT

<sup>1</sup> **D2** Anfang 1933 lebten in Hamburg rund 23 000 Jüdinnen und Juden. Bis zu der ersten Deportation im Herbst 1941 konnte fast die Hälfte von ihnen ins Ausland fliehen. Es gab drei Auswanderungswellen: nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933, nach dem Inkrafttreten der <sup>5</sup> Nürnberger Gesetze 1935 und nach dem Novemberpogrom 1938. Zielländer waren vor allem die USA, Palästina (heute Israel) und <sup>10</sup> Großbritannien.

Bis 1935 war die Emigration noch verhältnismäßig problemlos möglich, dann wurden die Auflagen immer strenger. Wer emigrieren wollte, musste einen Pass bei der Polizei beantragen, <sup>15</sup> die ihn nur ausstellte, wenn Unbedenklichkeitsbescheinigungen verschiedener Finanzämter darüber vorlagen, dass alle Steuern bezahlt und auch die sogenannte Reichsfluchtsteuer entrichtet worden waren. Außerdem wurde eine <sup>20</sup> Abgabe für ins Ausland überwiesenes Geld erhoben, die bis September 1939 auf 96 Prozent stieg. Dann war ein Visum nötig, das ab Ende 1938 für viele Länder kaum noch zu bekommen

war. Es musste eine Packerlaubnis eingeholt <sup>25</sup> und eine Liste des Umzugsguts erstellt sowie genehmigt werden. Dabei fiel für neu gekaufte Gegenstände eine Abgabe von bis zu 300 Prozent des Anschaffungswerts an. Oftmals scheiterte die Auswanderung auch daran, dass sich eine der <sup>30</sup> vorgeschriebenen Formalitäten verzögerte.

Wem schließlich die Flucht gelang, der durfte lediglich 10 Reichsmark mitnehmen. Viele erreichten das Ausland verarmt, konnten dort ihre Berufe nicht mehr ausüben und waren auf die geringe <sup>35</sup> Unterstützung dortiger jüdischer Hilfsorganisation angewiesen. In manchen Ländern litten die Migrantinnen und Migranten zudem durch das ungewohnte Klima und die ungewohnte Ernährung unter erheblichen gesundheitlichen Problemen. <sup>40</sup> Nicht zuletzt traten durch den erzwungenen Verlust der Heimat, der vertrauten Kultur und Sprache auch psychische Leiden auf.

Zwischen Dezember 1938 und Kriegsbeginn am 1. September 1939 konnten 1000 jüdische <sup>45</sup> Hamburger Kinder noch mit Kindertransporten nach England in Sicherheit gebracht werden.



Überlebende erinnerte sich an die Stunden vor der Abfahrt: »Die Angst der Menschen war (...) fast körperlich zu spüren. Wir wussten nicht, was uns erwartete. Würde es sich zum Besseren wenden? Vielleicht ginge es tatsächlich zur Arbeit. Oder würde es noch schlimmer werden?«

Um 22 Uhr verließ der Zug mit 30 Waggons das Lager Mechelen. Eine Stunde später wurde er mitten auf der Strecke von Joura Livchitz, einem jüdischen Studenten, mit einer roten Signal- leuchte gestoppt, die der Lokführer für ein Halte- signal hielt. Nachdem der Zug zum Stehen ge- kommen war, stürmten Jouras Freunde Jean Franklemon und Robert Maistriau im Schutz der Dunkelheit auf den Bahndamm, um die Türen möglichst vieler Waggons zu öffnen. 17 Trans- portteilnehmer ergriffen die Chance zur Flucht. Trotz der folgenden verschärften Sicherheitsvor- kehungen flohen in den folgenden Nachtstun- den weitere 214 Personen aus dem Todeszug.

23 von ihnen starben im Kugelhagel des Be- gleitschutzes, die anderen überlebten dank der Hilfe vieler mutiger Belgierinnen und Belgier.

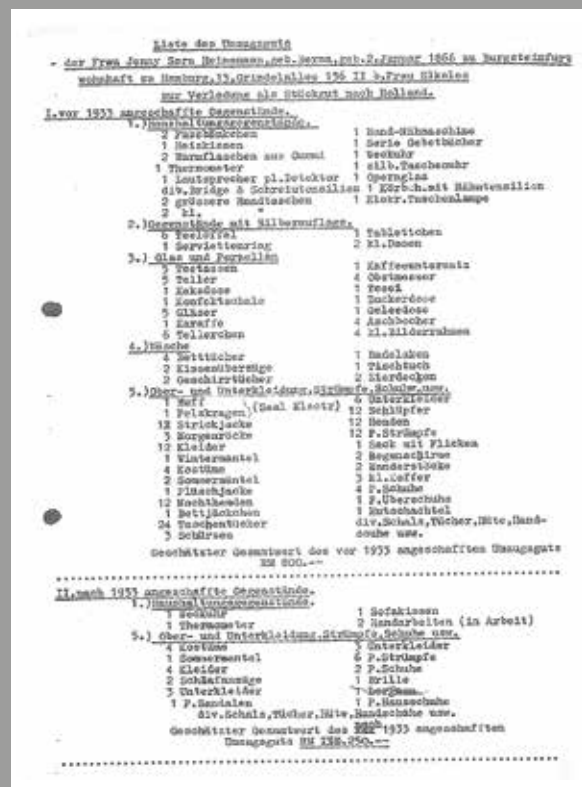
Nathan Apteker und seine Familie gehörten nicht zu den Geretteten. Sie trafen am 22. April 1943 im KZ Auschwitz ein. Nach der Selektion wurden 245 Frauen und 276 Männer, die als arbeitsfähig galten, als Häftlinge in das Lager eingewiesen. Die übrigen 879 Menschen wur- den sofort in den Gaskammern getötet – da- runter waren Anna, Charles, Editha, Lisette und Susanne Apteker.

Mit nur 14 anderen seines Transports überlebte Nathan Apteker die schwere Lagerzeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte er als gebroche- ner Mann nach Belgien zurück. In Antwerpen fand er zunächst eine Anstellung als Betreuer in einem Heim für jüdische Waisenkinder und gründete später noch einmal eine Familie.

Ab September 1939 verschärfte sich die Situation für die Jüdinnen und Juden weiter. Nur noch wenige südamerikanische Staaten und Shanghai, für das kein Visum nötig war, nahmen jüdische Geflüchtete auf. Am 23. Oktober 1941, mit Beginn der Deportationen, verbot das NS-Regime im Oktober die Auswanderung ganz. Jüdinnen und Juden sollten nicht mehr vertrieben, sondern vernichtet werden.

Doch auch eine gelungene Flucht bedeutete nicht immer die Rettung. So wurden beispielsweise nach der Besetzung der Benelux-Staaten und Frankreichs 1940 durch die Wehrmacht dorthin geflüchtete Jüdinnen und Juden ebenfalls in Konzentrations- und Vernichtungslager gebracht und ermordet.

Von den rund 23 000 Hamburger Jüdinnen und Juden erlebten 647 Menschen das Kriegsende in der Stadt, fast alle waren in einer Mischehe verheiratet. Zwischen 50 und 80 Personen über- lebten Verfolgung und Krieg im Versteck oder unter falscher Identität. Heute (Stand 2014) leben rund 3000 Jüdinnen und Juden in Hamburg.



Q2 Beispiel für eine Umzugsgutliste, die vor der Auswanderung genehmigt werden musste.

© Staatsarchiv Hamburg

## THEMA HILFE FÜR VERFOLGTE

<sup>1</sup> **D3** In Hamburg gab es nur sehr wenige Menschen, die Verfolgten halfen. Dabei handelte es sich nicht um Heldinnen oder Helden ohne jede Ängste oder Zweifel. Oft waren sie nicht einmal entschieden gegen <sup>5</sup> den Nationalsozialismus. Sie gerieten vielmehr durch persönliche Betroffenheit in Widerspruch zur NS-Politik, waren mit den Verfolgten befreundet oder wurden widerständig, weil sie das, was um sie herum geschah, nicht mehr aushielten. Manchmal <sup>10</sup> sahen sie auch Vorteile für sich, indem sie sich die Hilfe bezahlen oder anders vergelten ließen. Immer aber waren die Taten das Ergebnis eigener Entscheidung und kämpften sie bei allem Mut mit Angst, inneren Konflikten und Unsicherheiten. Unter <sup>15</sup> Gefährdung ihrer Person besorgten sie Lebensmittel, beschafften falsche Papiere, leisteten Fluchthilfe oder versteckten die Verfolgten bei sich.

Nach dem Ende des NS-Regimes schwiegen die Helferinnen und Helfer jahrzehntelang über ihre

<sup>20</sup> Taten – denn davon, dass es im NS-Regime durchaus Handlungsspielräume gab, um Verfolgten zur Seite zu stehen, wollte die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft nichts hören. Helferinnen und Helfer galten nach wie vor als »Verräter«.



© Privatbesitz

**Q3** Louise und Fritz Müller versteckten in ihrer Wohnung in Hamburg-Neugraben den Juden Herbert Loevy. Er überlebte so das NS-Regime.

### AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Einzelarbeit | Plenum **D1** Im Juli 1942 erfuhr die Familie Apteker, dass sie von nun an staatenlos sei. Verfasse einen Brief aus der Sicht Editha Aptekers an eine Freundin, in dem sie ihr davon berichtet und von ihren Sorgen über die möglichen Konsequenzen für sie und ihre Familie.

**2** Plenum **D1, D2** Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt:

»Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden.« Angenommen, jemand will das Gesetz ändern. Diskutiert darüber.

**3** Einzelarbeit | Plenum Stell dir vor, du müsstest morgen in ein fremdes Land fliehen, dessen Sprache Du nicht sprichst, und Du könntest nur fünf Dinge mitnehmen. Liste diese Dinge auf. Diskutiert danach: Was würde eine solche Flucht für euer Leben bedeuten?

### AUFGABEN | WEITERFÜHREND

**1** Partnerarbeit | Plenum **D3, Q3** Einige der Menschen, die sich gegen die Mehrheitsgesellschaft stellten und in Hamburg NS-Verfolgten halfen und, findet ihr in dem Buch »...und nicht zuletzt Ihre stille Courage« (s. Literaturliste S. 50 f.). Wählt eine Person aus und verfasst einen Zeitungsartikel mit einem Porträt von ihr.

**2** Einzelarbeit | Plenum **D2** Im Juli 1938 berieten Vertreter von 32 Staaten, darunter der USA, in Evian (Frankreich) ergebnislos über Einwanderungsquoten und Zufluchtsgebiete für jüdische Geflüchtete aus dem Deutschen Reich. Erörtert, inwiefern die Bundesrepublik daraus etwas für ihre Asylpolitik gelernt hat.

# SOZIAL AUSGEGRENZT

■ **Frieda Silberstein, geb. Me(h)lhausen\*** | 1888 – 1941 Getto Minsk, ermordet

**Leo Silberstein** | 1878 – 1941 Getto Minsk, ermordet,

Paulinenstraße 16 | St. Pauli

**D1** Frieda Melhausen hatte sechs oder sieben Geschwister und Halbgeschwister. Sie war die zweitälteste Tochter von Hertha Melhausen. Zwischen Januar 1931 und April 1933 wohnte sie an der Reeperbahn bei ihrer Schwester Rosa und deren Ehemann Johann Quast. Ende 1932 kam ihr Mann, der Kaufmann Leo Silberstein, hinzu. Er war 1931 aus Berlin nach Hamburg gezogen. Im Mai 1933 bezog das Ehepaar eine eigene Wohnung in der Paulinenstraße.

Frieda war Kontoristin und Schauspielerin. Von Januar bis Juli 1931 arbeitete sie als Verkäuferin bei ihrem Schwager Johann Quast und danach als Bonkontrollleurin beim »Kaffee Rheinterrassen«. Von April 1931 bis Mai 1932 war auch Leo bei Johann Quast beschäftigt, und zwar als Lagerverwalter. Im November 1932 folgte er seiner Frau zum »Kaffee Rheinterrassen« und war dort als Geschäftsführer und »Billardmarqueur« (eine Art Schiedsrichter) tätig. Die gleichzeitige Entlassung der Eheleute Ende März 1933 erfolgte, weil sie jüdischer Abstammung waren. Das vermerkte die Hamburger Wohlfahrtsbehörde, als Frieda und Leo Silberstein nach der Kündigung Fürsorgeleistungen beantragten.

In den folgenden Jahren erhielten beide jeweils den Höchstsatz an Krisenunterstützung.

**Q1** Auf der Basis dieses Erlasses brachte die Kriminalpolizei reichsweit über 10 000 Männer in der »Aktion Arbeitsscheu Reich« in Konzentrationslager, darunter auch Leo Silberstein.

\* Der Nachname lautet richtig Melhausen, das war bei der Verlegung des Stolpersteines noch nicht bekannt.

## Nr. 66

**Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich an die Kriminalpolizeileitstellen** (Berlin, 1. Juni 1938)[1]

StA Marburg 180 Hofgeismar 3652, n. fol. (Abschrift)

[Arbeitsfähige männliche "Asoziale" und vorbestrafte Juden sollen in Vorbeugungshaft genommen werden]

Betrifft: Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei.

Da das Verbrechen im Asozialen seine Wurzeln hat und sich fortlaufend aus ihm ergänzt, hat der Erlaß des RuPrMdl. Vom 14.12.1937[2] (Pol. S-Kr. 3 Nr. 168/37 – 2098) der Kriminalpolizei weitgehende Möglichkeiten gegeben, neben den Berufsverbrechern auch alle asozialen Elemente zu erfassen, die durch ihre Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen und sie dadurch schädigen. Ich habe aber feststellen müssen, daß der Erlaß bisher nicht mit der erforderlichen Schärfe zur Anwendung gebracht worden ist.

Die straffe Durchführung des Vierjahresplans erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.

Ich ordne deshalb an:

1. Ohne Rücksicht auf die bereits vom Geheimen Staatspolizeiamt im März d.J. durchgeführte Sonderaktion gegen Asoziale[3] sind unter schärfster Anwendung des Erlasses vom 14.12.1937 in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 aus dem dortigen Kriminalpolizeileitstellenbezirk mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen. Dabei sind vor allem zu berücksichtigen:

- Landstreicher, die zur Zeit ohne Arbeit von Ort zu Ort ziehen;
- Bettler, auch wenn diese einen festen Wohnsitz haben;
- Zigeuner und nach Zigeunerart umherziehende Personen, wenn sie keinen Willen zur geregelten Arbeit gezeigt haben oder straffällig geworden sind;
- Zuhälter, die in ein einschlägiges Strafverfahren verwickelt waren – selbst wenn eine Überführung nicht möglich war – und heute noch in Zuhälter- und Dirnenkreisen verkehren, oder Personen, die im dringenden Verdacht stehen, sich zuhälterisch zu betätigen;
- solche Personen, die zahlreiche Vorstrafen wegen Widerstands, Körperverletzung, Raufhandels, Hausfriedensbruchs u[nd] d[er]gl[eichen] erhalten und dadurch gezeigt haben, daß sie sich in die Ordnung der Volksgemeinschaft nicht einfügen wollen.

Personen, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen sowie solche, die bereits einmal in polizeilicher Vorbeugungshaft oder in Sicherungsverwahrung untergebracht waren und sich seitdem gut geführt haben, sind nicht in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.

2. Ferner sind ebenfalls in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 alle männlichen Juden des Kriminalpolizeileitstellenbezirks, die mit mindestens einer Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat bestraft sind, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.

Für die Durchführung meiner Anordnung sind die Leiter der Kriminalpolizeileitstellen verantwortlich, die sich unverzüglich mit den Kriminalpolizeileitstellen, den staatlichen Kriminalabteilungen, den Ortspolizeibehörden und den Gendarmereiateilungen ihres Bezirks, gegebenenfalls mit den Staatspolizeistellen in Verbindung zu setzen haben.

Von allen festgenommenen Personen, über die die polizeiliche Vorbeugungshaft verhängt worden ist, ist mir gemäß meinen Richtlinien vom 4. April 1938[4] (RKPA 6001/250.1938) zum Erlaß vom 14.12.1937 geforderte Anordnungsverfügung (Muster 6) sofort zu übersenden.

Soweit erkennungsdienstliches Material vorhanden, ist dieses dem Vorgang beizufügen. Bei den übrigen Personen wird die erkennungsdienstliche Behandlung wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit von mir im Lager nachgeholt werden. Strafregisterauszug und Lebenslauf sind mir in doppelter Ausfertigung nachträglich einzusenden.

Die Festgenommenen sind sofort dem Konzentrationslager Buchenwald[5] bei Weimar ohne meine Bestätigung und Anweisung zu überführen. Die mir sonst einzureichende Zweitschrift der Anordnungsverfügung ist mit der Person gleichzeitig dem Lager zu überweisen.

Die Zahl der festgenommenen Personen ist mir bis spätestens 20. Juni d.J., mittags 12 Uhr, durch Funk oder Fernschreiben zu melden.[6]

<sup>30</sup> Das reichte jedoch nicht für die laufenden Kosten. So versetzten sie Wertgegenstände, um Miete zahlen und Kohlen zum Heizen kaufen zu können.

<sup>35</sup> Im Juni 1938 verhaftete die Kriminalpolizei im Rahmen der »Aktion Arbeitsscheu Reich« in Hamburg 700 Männer und brachte sie in Konzentrationslager. Darunter befanden sich 200 Juden, die irgendwann einmal wegen eines <sup>40</sup> Bagatelldelikts verurteilt worden waren. Auch Leo Silberstein wurde im Rahmen der Aktion inhaftiert und als »Schutzhäftling« am 18. Juni 1938 in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel <sup>45</sup> überstellt. Von dort wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen verlegt, wo er bis Januar 1939 gefangen blieb.

Im Anschluss an die Entlassung traute er sich trotz erneuter Arbeitslosigkeit nicht mehr,

<sup>50</sup> Unterstützung zu beantragen. Dies dokumentiert das Protokoll einer Sachbearbeiterin der »Sonderdienststelle B für Juden«. Die Hamburger Sozialverwaltung richtete diese Sonderdienststelle im Februar 1939 ein, da die anti- <sup>55</sup> jüdische Gesetzgebung des NS-Regimes einen Anstieg jüdischer Hilfsbedürftiger erwarten

ließ, die getrennt von den »arischen« Armen abgefertigt werden sollten.

<sup>60</sup> Die Sachbearbeiterin schrieb nach einem Hausbesuch beim Ehepaar Silberstein am 8. Juni 1939: »Es wurde heute nur die Ehefrau angetroffen, der Mann war zur Devisenstelle, da d. Ehel. am 13.7.39 auswandern wollen bzw. <sup>65</sup> müssen. Ihr Mann soll zum 1.7.39 Deutschland verlassen, ihr Schiff, mit dem sie von Genua nach Schanghai fahren wollen, geht am 13.7. Es handelt sich nur noch darum, daß sie d. Geld in ital. Währung für ihr Visum erhalten. Nachdem <sup>70</sup> der Mann 7 Monate im K. Z. war (bis zum Frühjahr), hat er sich nicht mehr bei AA [Arbeitsamt] gemeldet, weil er Angst hatte, dann nochmals ins Lager zu kommen. So leben d. Leute nur v. Alu [Arbeitslosenunterstützung] v. Kru [Krisen- <sup>75</sup> unterstützung] und v. Untermiete [...] Alu muß weiter befürwortet werden.«

Das Hamburger Arbeitsamt reagierte auf den Unterstützung befürwortenden Bericht um-

<sup>80</sup> gehend mit einem Schreiben an die Hamburger Sozialverwaltung: »Unter Bezugnahme auf den Erlass vom 1.3.39 und die Verordnung vom 19.11.38 betreffend Unterstützung für

## THEMA VOLKSGEMEINSCHAFT

<sup>1</sup> **D2** Zu den wichtigsten Inszenierungen des NS-Regimes gehörte die sogenannte Volksgemeinschaft, »die auf blutmäßiger Verbundenheit, auf gemeinsamem Schicksal und auf gemeinsamem <sup>5</sup> politischen Glauben beruhende Lebensgemeinschaft eines Volkes, der Klassen- und Standesgegensätze wesensfremd sind« (Volksbrockhaus, 1943). Alle Probleme einer modernen Gesellschaft, in der sich viele ohnmächtig und verloren fühlten, <sup>10</sup> sollte die NS-Volksgemeinschaft aufheben.

Dabei wurde der Begriff im Alltag ganz unterschiedlich verwendet, so die Historiker Dietmar von Reeken und Malte Thießen 2013: »Die soziale Wirksamkeit dieser Utopie setzte ihre Vieldeutig- <sup>15</sup> keit voraus. [...] Je nach Interesse und Situation ließ sich der Begriff nationalistisch, antisemitisch oder militaristisch auslegen. Er entsprach Blut-

und-Boden- oder Gleichheitsvorstellungen ebenso wie dem Leistungsgedanken, er stand für Kameradschaft und Gemeinschaft [...] oder Kultur [...] – und gelegentlich auch für alles zusammen.« So fühlten sich große Teile der deutschen Bevölkerung von der Idee der Volksgemeinschaft angezogen und verbanden sich damit aktiv mit der NS-Ideologie.

<sup>25</sup> Tatsächlich war die NS-Volksgemeinschaft weder sozial, noch gerecht, noch integrierend. Wer nicht der rassistischen Norm der Nationalsozialisten entsprach, wurde ausgeschlossen und <sup>30</sup> letztlich vernichtet.

**Q2 Arbeiter der Hamburger Werft Blohm & Voss beim Stapellauf des Marineschulsschiffs »Horst Wessel« am 13. Juni 1936**



Juden bitte ich um erneute Prüfung der Hilfs-  
 85 bedürftigkeit.«

Kurz darauf veränderten sich Ton und Haltung  
 auch in der »Sonderdienststelle B« deutlich. Im  
 Oktober 1939 schrieb ein Bearbeiter: »S. hat sei-  
 90 ne ungünstige wirtschaftliche Lage selbst ver-  
 schuldet. Nach seiner Entlassung aus dem K. Z.  
 hat er sich weder um Arbeit beim Arbeitsamt be-  
 müht noch dort seinen Anspruch auf Arbeits-  
 losenunterstützung geltend gemacht. Er mag  
 95 sich jetzt beim Arbeitsamt melden und dort ei-  
 nen Antrag auf Alu stellen. Wenn er arbeitswillig  
 ist, wird er entweder Alu oder Arbeit bekommen.«

Bereits im April 1939 hatte Leo Silberstein bei  
 100 der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten  
 einen Fragebogen für die geplante Auswan-  
 derung eingereicht und erklärt, er rechne da-  
 mit, »die Mittel zur Auswanderung vom Hilfs-  
 verein der Juden zu erhalten«. Am 2. Mai 1939  
 105 sandte die Devisenstelle Silbersteins eine Un-  
 bedenlichkeitsbescheinigung zu. Damit war  
 eine der Hürden, die einer Auswanderung im  
 Weg stehen konnten, genommen. Dennoch reis-  
 ten Silbersteins nicht aus. Was sie daran hin-  
 110 derte, ist nicht bekannt. Sie wohnten bis zum

Herbst 1941 in der Paulinenstraße 16 auf St.  
 Pauli. Von April 1940 bis Oktober 1941 lebte  
 zudem Friedas Mutter Hertha bei ihnen.

115 In der Paulinenstraße erhielten Frieda und Leo  
 Silberstein auch einen »Evakuierungsbefehl«  
 für den 8. November 1941. Am Tag zuvor muss-  
 ten sie sich im Logenhaus in der Moorweiden-  
 straße nahe dem Bahnhof Dammtor einfinden.

120 Am nächsten Morgen wurden sie zusammen  
 mit den anderen für diese Deportation vor-  
 gesehenen Jüdinnen und Juden auf Lkws zum  
 Hannoverschen Bahnhof gebracht. Von dort  
 ging der Zug ab, der nach dreitägiger Fahrt am

125 10. November im Getto Minsk eintraf. Etwa  
 tausend jüdische Männer, Frauen und Kinder  
 umfasste dieser Transport.

Bis zur Auflösung des Gettos im September  
 130 1943 waren fast alle der aus Hamburg nach  
 Minsk Deportierten umgekommen. Wer nicht  
 den lebenswidrigen Umständen dort zum Opfer  
 fiel, wurde bei einem der beiden Massaker  
 135 8. Mai und am 14. September 1943 verübt.  
 Auch Frieda und Leo Silberstein überlebten das  
 Getto nicht.



© Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

## THEMA »ASOZIALE«

<sup>1</sup> **D3** Die sogenannten Asozialen gehören zu den bis heute offiziell nicht anerkannten Opfern des NS-Regimes. Wer für die NS-Behörden als »asozial« galt, war nicht fest umrissen. Verfolgt wurden vor allem

<sup>5</sup> »Nichtsesshafte« wie Bettler und Landstreicher, wodurch auch Sinti und Roma gefährdet waren; außerdem mittellose Alkoholranke und Fürsorgeempfangenerinnen und -empfänger, vermeintliche und tatsächliche Prostituierte, Zuhälter sowie Per-

<sup>10</sup> sonen, die mit Unterhaltszahlungen im Rückstand waren. Gemeinsam war ihnen allen, dass ihre Verfolger sie als »arbeitscheu« definierten.

Basis für die Verfolgung war der »Grunderlaß vorbeugende Verbrechensbekämpfung« des Reichs-

<sup>15</sup> innenministers Wilhelm Frick vom 14. Dezember 1937. Danach konnte, wer »ohne Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet«, in ein

<sup>20</sup> KZ eingewiesen werden. Die Entscheidung, ob ein »gemeinschaftswidriges Verhalten« vorlag, traf allein die Polizei ohne richterlichen Beschluss.

Basierend auf dem Grunderlass kam es 1938 zu zwei Verhaftungswellen. Mit der ersten wurde noch

die Gestapo beauftragt. Vom 21. bis 30. April 1938

<sup>25</sup> verbrachte sie vor allem sesshafte Fürsorgeempfangenerinnen und -empfänger in das KZ Buchenwald. In der zweiten, der »Aktion Arbeitsscheu Reich« (s. **Q1**), verhaftete die Kriminalpolizei zwischen dem 13. und dem 18. Juni 1938 reichsweit über 10 000 Männer

<sup>30</sup> und brachte sie in Konzentrationslager. In Hamburg wurden etwa 300 Männer verschleppt, davon 60 bis 80 aus dem heute noch existierenden Nachtsyl »Pik As« in der Neustadt. Sie kamen über das Polizeigefängnis Fuhlsbüttel in das KZ Sachsenhausen. Erhebliche

<sup>35</sup> Unterstützung erfuhren Gestapo und Kripo durch die Fürsorgeämter mit ihren Detailkenntnissen über den betroffenen Personenkreis. Infolge einer Anordnung Hitlers wurden reichsweit zudem 2000 Juden inhaftiert, die als vorbestraft galten und zu mindestens

<sup>40</sup> einem Monat Haft verurteilt worden waren.

Die meisten Inhaftierten überlebten das KZ nicht. Sie wurden Opfer der im September 1942 von Reichsführer SS Heinrich Himmler und Justizminister Otto Thierack vereinbarten »Auslieferung

<sup>45</sup> asozialer Elemente aus dem Strafvollzug an den Reichsführer SS zur Vernichtung durch Arbeit«.

## AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Gruppenarbeit | Plenum **D1, D3, Q1** Beschreibt, was für euch »asozial« bedeutet. Vergleicht eure Definition mit der der Nationalsozialisten.

**2** Partnerarbeit | Plenum **D1, D3** Leo Silberstein will nach der Haft keine Unterstützung mehr beantragen. Entwerft ein Gespräch

zwischen ihm und seiner Frau Frieda, die ihn dazu bewegen will, doch einen Antrag zu stellen.

**3** Partnerarbeit | Plenum **D2, Q2** Ein Mann hebt nicht den Arm zum Hitler-Gruß. Fügt eine Textblase hinzu, in die ihr seine möglichen Gedanken schreibt. Vergleicht eure Entwürfe.

## AUFGABEN | WEITERFÜHREND

**1** Einzelarbeit | Plenum **D2** Der Begriff Volksgemeinschaft entstand nicht im NS-Regime. Recherchiert seine Geschichte und verfasst ein fiktives Radiofeature dazu.

**2** Gruppenarbeit | Plenum **D3** Recherchiert und stellt dar, wie die Gesellschaft heute mit

den vom NS-Regime als »asozial« bezeichneten Menschen umgeht und interpretiert das Ergebnis.

**3** Gruppenarbeit | Plenum **D1, D3** Sammelt Ideen, wie ihr an die als »asozial« bezeichneten NS-Opfer erinnern würdet.

# KINDER IM GETTO THERESIENSTADT

■ Peter Perls | 1931 – 1944 KZ und Vernichtungslager Auschwitz, ermordet

Weidenstieg 8 | Eimsbüttel

<sup>1</sup> **D1** Auf der Liste für den Transport von Hamburg nach Theresienstadt am 23. Juni 1943 steht auch der Name Peter Perls. Peter ist der Einzige auf der Liste mit diesem Nachnamen. Der elf-  
<sup>5</sup> jährige Junge musste Hamburg mutterseelenallein ohne Begleitung eines Angehörigen verlassen.

Peters Eltern, Hans und Käthe Perls, geborene  
<sup>10</sup> Goldmann, hatten 1926 in Hamburg geheiratet. Als Käthe Perls 1933 mit nur 32 Jahren an Krebs starb, war Peter gerade zweieinhalb Jahre alt, sein älterer Bruder Jürgen fünf. Im selben Jahr verlor Peters Vater seine Anstellung, weil er  
<sup>15</sup> Jude war. Er hatte als Nervenarzt im Knappschafts-Krankenhaus in Schkeuditz gearbeitet, einer Kleinstadt bei Leipzig.



**Q1** Peter Perls und seine Großmutter am Tag seiner Einschulung Ostern 1938

Drei Jahre später, 1936, emigrierte Hans Perls illegal über Italien nach Palästina. Mit ihm  
<sup>20</sup> kamen sein älterer Sohn Jürgen sowie seine zweite Ehefrau Hilda und deren zwei Kinder, denn Hans hatte mittlerweile wieder geheiratet. Der damals fünfjährige Peter blieb in Deutschland – genauer, in Hamburg, bei seinen Groß-  
<sup>25</sup> eltern Hugo und Auguste Goldmann, die im Weidenstieg 8 wohnten. Hans Perls wählte seinen kleinen Sohn bei ihnen in Sicherheit, da Auguste Goldmann nicht jüdisch war.

<sup>30</sup> Im April 1938 kam Peter zur Schule, in die private Grundschule von Cläre Lehmann in der Heilwigstraße 46 in Eppendorf. Deren mittlerweile ausschließlich jüdischen Schüler waren, wie Peter, oft christlich getauft. Als die  
<sup>35</sup> Schule 1940 aufgelöst wurde, mussten alle Kinder in die Volks- und Oberschule für Juden an der Karolinenstraße wechseln.

Während seiner Schulzeit wurde Peter häufig  
<sup>40</sup> Opfer von Diskriminierungen. Seine Großmutter versuchte ihm zu helfen und holte ihn stets von der Schule ab, damit er den weiten Weg nach Hause nicht schutzlos gehen musste. 1942 wurde auch die Schule an der Karo-  
<sup>45</sup> linenstraße geschlossen, in Peters Abgangszeugnis hieß es: »Peter hat die Klasse mit Erfolg besucht und die Reife der Klasse 1 einer höheren Lehranstalt erreicht.« Doch er durfte keine höhere Schule mehr besuchen.

<sup>50</sup> Sein Vater, Hans Perls, hatte in der Zwischenzeit verzweifelt versucht, ihn nach Palästina nachkommen zu lassen. Im Sommer 1939 besaß er bereits alle erforderlichen Papiere dafür, doch  
<sup>55</sup> dann brach der Krieg aus und machte das Vorhaben zunichte. Daraufhin versuchte er,



© Museum Terezín/Privatbesitz: Gerhard Lilienfeld

**Q2 Peter Perls Freund im Getto Theresienstadt, Gerhard Lilienfeld, malte 1944 für ein Album Bilder vom Heim F, in dem allein deportierte Kinder untergebracht waren. Peter schrieb Gedichte dazu.**

seinen Sohn in die USA ausreisen zu lassen. Aber auch das schlug fehl.

<sup>60</sup> Hans Perls Annahme, Peter sei bei der Großmutter in Sicherheit, war eine fatale Verkennung der Situation gewesen. Nach der nationalsozialistischen Rassenideologie war Peter »Halbjude«, da aber drei seiner vier Großeltern jüdisch waren, wurde er als »Geltungsjude« behandelt. Am 23. Juni 1943 wurde Peter mit dem bereits erwähnten Transport nach Theresienstadt deportiert. Dort lebte er zusammen mit anderen unbegleiteten Waisenkindern in einem Kinderheim im Block Q 609, in drangvoller Enge und geplagt von Ungeziefer.

Einige Kinder aus Norddeutschland freundeten sich im Heim an. Unter ihnen war Gerhard <sup>75</sup> Lilienfeld, der als Zehnjähriger mit seinem fünfjährigen Bruder nach Theresienstadt gebracht worden war. Er überlebte den Holocaust und erinnerte sich später, dass Peter ein sehr reifer und kluger Junge war. Bei den Kindern im <sup>80</sup> Lager hieß er »der zerstreute Professor«. 1944 sollte eine Delegation das Getto besuchen, zu

der ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes gehörte. Deshalb wurde eine »Verschönerungsaktion« angeordnet. Die <sup>85</sup> Getto-Bewohnerinnen und -Bewohner mussten Blumen pflanzen und Häuser streichen. Einige Kinder aus Peters Heim gestalteten im Rahmen dieser Aktion ein Album als Geburtstagsgeschenk für ihren Heimleiter Beppo Krämer. <sup>90</sup> Für dieses Album schrieb Peter in Gedichtform einen ausführlichen Bericht über das Heimleben im Getto.

Am 23. Oktober 1944 wurden die meisten <sup>95</sup> Kinder aus dem Heim von Theresienstadt nach Auschwitz gebracht. Unter ihnen befand sich auch Peter Perls, es waren nur noch wenige Tage bis zu seinem 13. Geburtstag.

<sup>100</sup> Peter Perls wurde im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Den Stolperstein für ihn im Weidenstieg 8 stiftete Gerhard Lilienfeld, sein Freund aus dem Kinderheim. Er konnte auch das Album mit Peters Versen retten und über- <sup>105</sup> gab es viele Jahre später dem Theresienstädter Museum.



## THEMA HANNOVERSCHER BAHNHOF

<sup>1</sup> **D2** Fast alle Transporte Hamburger Männer, Frauen und Kindern in Gettos, Konzentrations- und Vernichtungslager gingen vom Hannoverschen Bahnhof aus. Vom 20. Mai 1940 bis zur Befreiung der

<sup>5</sup> Stadt am 3. Mai 1945 deportierten die Nationalsozialisten von dort in 20 Transporten mindestens 8071 Menschen. Nur sehr wenige überlebten.

Der Hannoversche Bahnhof befand sich am heutigen Lohsepark in der Hafencity und existiert <sup>10</sup> nicht mehr. Er wurde 1872 errichtet, von dort fuhren Züge unter anderem nach Hannover und Paris. Nach der Eröffnung des Hauptbahnhofs 1906 diente er als Güterbahnhof. Im Zweiten Weltkrieg wurde er stark zerstört und bis 1981 fast komplett abgerissen.

<sup>15</sup> Die erste Deportation verließ den Bahnhof am 20. Mai 1940: 910 Roma und Sinti wurden in das Arbeitslager Belzec verbracht. Am 25. Oktober 1941 begannen die 19 Deportationen Hamburger Jüdinnen und Juden. Diese mussten sich zuvor an <sup>20</sup> zentralen Sammelstellen einfinden (u. a. vor dem Logenhaus an der Moorweidenstraße) und wurden

dann mit Lkws quer durch die Stadt zum Hannoverschen Bahnhof gebracht. In ihrem Tagebuch schrieb die Hamburgerin Luise Solmitz am 7. November

<sup>25</sup> 1941: »In der Bahn reckten die Leute die Hälse; vorm Logenhaus wurde offenbar ein neuer Transport zu verschickender Nichtarier zusammengestellt.«

Als Ort des Gedenkens an die Deportierten wurde im Mai 2017 am Lohsepark das »denk.mal

<sup>30</sup> Hannoverscher Bahnhof« eingeweiht.



© Deutsches Zollmuseum

**Q3** Der Hannoversche Bahnhof um 1941

### AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Einzelarbeit | Plenum **D1, Q1** Schreibt einen Brief aus der Sicht von Peters Vater an seine früheren Schwiegereltern im Weidenstieg, in dem er beschreibt, warum er seinen Sohn nicht mehr aus Deutschland heraus holen kann und wie es ihm damit ergeht.

**2** Gruppenarbeit | Plenum **D1, D2, Q3** Recherchiert, wie, wann und wohin die Hamburger jüdische Bevölkerung deportiert wurde. Zeichnet die Orte in eine Landkarte ein. Nennt zudem die Merkmale eines Gettos, eines Konzentrationslagers und eines Vernichtungslager.

### AUFGABEN | WEITERFÜHREND

**1** Partnerarbeit | Plenum **D2, Q3** Auch die Deutsche Reichsbahn war an den Deportationen beteiligt. Ermittelt zunächst, auf welche Weise. Recherchiert dann, wie ihre Nachfolgerin seit 1993, die Bahn AG, mit der Rolle ihrer Vorgängerin im NS-Regime umgeht und nimmt dazu Stellung. Verfasst dann einen Zeitschriftenartikel oder einen Podcast, in dem ihr das Thema umfassend darstellt.

**2** Arbeitsteilige Gruppenarbeit **D1, D2, Q1-3** Entwerft eine Plakatausstellung zu Kindern und Jugendlichen, die aus Hamburg deportiert wurden. Überlegt zunächst, welche Elemente die Ausstellung enthalten soll, und macht einen Arbeitsplan. Sucht dann alle Elemente zusammen (z. B. mithilfe der Bücher oder der Website »Stolpersteine in Hamburg«). Zum Schluss gestaltet ihr die Plakate.

# OPFER VON DENUNZIAN TEN

- Rosa Bloch, geborene Itzig | 1877 – 1942 Tötungsanstalt Bernburg a. d. Saale, ermordet
- Waldemar Bloch | 1880 – 1940 KZ Sachsenhausen, ermordet
- Bertha Gangloff, geborene Bloch | 1804 – 1942 Tötungsanstalt Bernburg a.d. Saale, ermordet
- Anni Krümmel, geborene Bloch | 1912 – 1942 Tötungsanstalt Bernburg a.d. Saale, ermordet
- Camilla Bloch | 1914 – 1942 KZ Ravensbrück, ermordet
- Alice Bloch | 1917 – 1942 Tötungsanstalt Bernburg a.d. Saale, ermordet
- Reinhard Bloch | 1907 – 1939 Hamburg, Selbsttötung (für ihn liegt noch kein Stolperstein)

## Marktstraße 5 | St. Pauli

<sup>1</sup> **D1** Im Juli 1937 verhaftete die Gestapo das jüdische Ehepaar Rosa und Waldemar Bloch. Im Januar 1938 erging das Urteil gegen beide »wegen gemeinschaftlicher schwerer Kuppelei <sup>5</sup> in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Beihilfe zur Rassenschande«. Als Eltern hätten sie nicht verhindert, dass ein nichtjüdischer Freund ihre 35-jährige Tochter Bertha in der gemeinsamen Wohnung am Schulterblatt besucht hatte. Walde- <sup>10</sup> mar, Rosa und Bertha waren denunziert worden.

Nach dem Ende der Strafzeit kamen Rosa und Waldemar Bloch nicht frei, sondern in »Schutzhaft«. Rosa Bloch wurde im April 1939 über das <sup>15</sup> KZ Fuhlsbüttel in das Frauen-KZ Ravensbrück gebracht. Die Gründe für ihre weitere Inhaftierung: Sie sei »asozial« und Jüdin. Waldemar Bloch wurde im Juli 1940 in das KZ Sachsenhausen überstellt. Dort starb er am 31. Oktober <sup>20</sup> 1940. Rosa Bloch wurde von Ravensbrück in die Tötungsanstalt Bernburg a. d. Saale gebracht und dort am 1. April 1942 ermordet.

Rosa Bloch, geborene Itzig, stammte ursprüng- <sup>25</sup> lich aus Jastrow in Westpreußen, heute Jastrowie in Polen. Sie zog nach Berlin und brachte dort 1902 die Tochter Ernestine zur Welt. Im Jahr darauf heiratete sie den Zigarrenmacher Walde- <sup>30</sup> mar Bloch. 1904 bekam das Paar eine Tochter, Bertha genannt. Zwei Jahre später siedelte die Familie nach Hamburg in die Neustadt über

und Waldemar Bloch fand Arbeit im Hafen. In den folgenden Jahren wurden Reinhold (1907), Heinrich (1908), Else (1909), Walter (1911), Anni <sup>35</sup> (1912), Camilla (1914) und Alice (1917) geboren.

Waldemar Bloch nahm am Ersten Weltkrieg teil und kehrte schwer beschädigt zurück. Nun arbeitete er als kaufmännischer Angestellter. Nach <sup>40</sup> der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 wurde er entlassen, weil er Jude war. Danach fand er nur noch aushilfsweise Arbeit und wurde vom Arbeitsamt nicht mehr vermittelt.

<sup>45</sup> Rosa und Waldemars Tochter Bertha heiratete einen Alfred Gangloff, 1925 kam in Hamburg der Sohn Rolf zur Welt. 1928 wurde die Ehe geschieden. Bertha zog mit Rolf zu ihren Eltern ins Schulterblatt 75. Nach deren Verhaftung teilte <sup>50</sup> sie die Wohnung mit ihrem Sohn sowie mit ihren Schwestern Camilla und Alice. Als die Gestapo die drei Frauen am 9. Februar 1938 ebenfalls wegen »Rassenschande« festnahm, lief der damals 12-jährige Rolf zu seiner Tante Else und <sup>55</sup> erzählte, was passiert war. Sie gab ihn sofort in Pflege. Er wurde später in England adoptiert und lebte dort fortan unter anderem Namen.

Bertha wurde nach der Verhaftung in das Frau- <sup>60</sup> en-KZ Moringen gebracht und von dort in das Frauen-KZ Lichtenburg. Im September 1939 wurde sie in das KZ Fuhlsbüttel überstellt und we-

nig später in das KZ Ravensbrück. Ihr nichtjüdischer Freund musste wegen der Beziehung zu ihr für 18 Monate ins Zuchthaus. Aus Ravensbrück wurde Bertha in die Tötungsanstalt Bernburg gebracht und am 30. März 1942 ermordet.

Camilla Bloch arbeitete als Hausangestellte. Auch sie wurde wegen »Rassenschande« angeklagt. Ihr nichtjüdischer Partner kam für acht Monate ins Gefängnis. Camilla wurde erst im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert, von dort im Mai 1939 in das KZ Lichtenburg und drei Jahre später, am 10. März 1942, in das KZ Ravensbrück überstellt. Dort starb sie noch am selben Tag.

Die jüngste Tochter der Familie, Alice, besuchte von 1924 bis 1934 die Israelitische Töchter Schule in der Karolinenstraße. Sie wollte Fotolaborantin werden, bekam als Jüdin aber keine Lehrstelle. Als Arbeiterin verdiente sie nur wenig. Alice kam nach der Verhaftung in das Frauen-KZ Moringen und im März 1938 in das KZ Ravensbrück. Sie wurde ebenfalls nach Bernburg überstellt und dort wie Bertha am 30. März 1942 ermordet.

Auch Anni Bloch, geschiedene Krümmel, wurde von der Gestapo verhaftet. Sie hatte eine Lehre als Putzmacherin begonnen, um Kopfbedeckungen für Frauen herzustellen, arbeitete nun aber als Hausangestellte. Am 8. August 1938 wurde sie in das KZ Moringen gebracht, weiter in das KZ Lichtenburg und dann wohl in das KZ Ravens-

brück. Von dort wurde sie mit ihren Schwestern Bertha und Alice in die Tötungsanstalt Bernburg gebracht und am 30. März 1942 mit Gas vergiftet.

Heinrich Bloch entrichtete als Bäcker nur im Oktober 1929 Kultussteuer bei der Hamburger jüdischen Gemeinde. Dann zog er nach Berlin. Über seinen Verbleib ist nichts bekannt.

Walter Bloch wurde 1935 die Hochzeit mit seiner nichtjüdischen Verlobten standesamtlich untersagt und er erhielt eine Zuchthausstrafe von 15 Monaten wegen »Rassenschande«. Die Strafe galt im September 1938 als verbüßt. Danach wurde er in das KZ Buchenwald überstellt. Mit der Befreiung des Lagers im April 1945 kam er frei. Wenig später heiratete er seine Verlobte.

Reinhold Bloch hatte Filmvorführer gelernt. 1933 heiratete er die evangelische Hanna Jacob, beide bekamen eine Tochter. Von 1923 bis 1938 war Reinhold Bloch Mitglied der jüdischen Gemeinde, dann folgte der »Austritt durch Relig. Tod«, so der Vermerk auf seiner Kultussteuerkarte. Am 15. November 1939 stürzte er sich aus dem zweiten Stock seines Wohnhauses auf die Straße.

Else Bloch wurde am 6. Dezember 1941 in das Getto Riga deportiert. Sie überlebte und kehrte nach Hamburg zurück. Auch Ernestine Bloch, verheiratete Consten, zählte zu den wenigen Überlebenden der Familie. Sie starb 1981 in Hamburg.

139

Familienname:		Vorname (Rufname):		Bei Frauen auch Mädchenname:	
Bloch		Alice S.		.	
Geburtsort u. Kreis (falls Ausland Geburtsland):		Geburtsort u. Kreis (falls Ausland Geburtsland):		Geburtsort u. Kreis (falls Ausland Geburtsland):	
Hamburg		Hamburg		Hamburg	
Geburtsjahr:		Geburtsjahr:		Geburtsjahr:	
28. 1897		28. 1897		28. 1897	
Religion:		Rasse:		Mitglied d. R.-V.	
jü		jü		ja	
Früherer Beruf:		Früherer Beruf:		Früherer Beruf:	
Arbeiterin		Arbeiterin		Arbeiterin	
Wohnort:		Wohnort:		Wohnort:	
Hamburg		Hamburg		Hamburg	
Strasse:		Strasse:		Strasse:	
Albane Schulterblatt 85 <sup>II</sup>		Albane Schulterblatt 85 <sup>II</sup>		Albane Schulterblatt 85 <sup>II</sup>	
Familienstand:		Familienstand:		Familienstand:	
ll		ll		ll	
Staatsangehörigkeit:		Staatsangehörigkeit:		Staatsangehörigkeit:	
9.A.		9.A.		9.A.	
Jd. Rtg. Vd:		Jd. Rtg. Vd:		Jd. Rtg. Vd:	
01273		01273		01273	
Jetzige Tätigkeit:		Jetzige Tätigkeit:		Jetzige Tätigkeit:	
Gebursh.		Gebursh.		Gebursh.	

**Q1** Karteikarte von Alice Bloch in der 1939 per NS-Gesetz gegründeten Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Alle Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen jüdisch waren, mussten dort Mitglied werden.

## THEMA »RASSENSCHANDE«

<sup>1</sup> **D2** Eines der beiden Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 war das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«. Es verbot die Eheschließung und den außerehelichen <sup>5</sup> Geschlechtsverkehr zwischen »Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes«. Damit stellte das NS-Regime den Antisemitismus auf eine juristische Grundlage. Verstöße gegen das Gesetz wurden als »Rassenschandek« bezeichnet <sup>10</sup> und mit Gefängnis oder Zuchthaus bedroht. Die Strafandrohung für außerehelichen Geschlechtsverkehr richtete sich dabei nur gegen Männer. Zwischen 1935 und 1945 kam es zu rund <sup>15</sup> 15 000 Gerichtsverfahren, die sehr oft auf Denunziationen basierten. Bis 1945 wurden etwa 2200 jüdische und nichtjüdische Männer verurteilt, die

jüdischen Männer nach der Strafverbüßung oft in »Schutzhaft« genommen und deportiert. Wie viele <sup>20</sup> Jüdinnen ohne Gerichtsverfahren wegen »Rassenschandek« deportiert wurden, ist nicht bekannt. Noch in der Bundesrepublik wurden Jüdinnen verächtlich gemacht, wenn sie »Rassenschandek«-Vorwürfen ausgesetzt waren. So ließ etwa ein <sup>25</sup> Bearbeiter des Hamburger Amtes für Wiedergutmachung im September 1962 seiner Fantasie freien Lauf und stellte ohne einen einzigen Hinweis über die im KZ ermordete Camilla Bloch folgende Vermutung an: »... der Verdacht besteht, dass es evtl. an einem echten Arbeitswillen fehlte <sup>30</sup> (evtl. Gelegenheitsprostitution?)«. Erst 1998 hob der Deutsche Bundestag die »Rassenschandek«-Urteile auf.

**Zuchthaus**  
**Hamburg-Fuhlsbüttel**  
Am Fuhlsbüttler Weg

Eingeleiert  Gestell //  
am **18.5. 1942 16** Uhr  
Starigefangenenlager  
von **Neusustrum**

**Vorfraßen usw.:**  
 Zuchthaus,  
 Gefängnis,  
 Haft,  
 Geldstrafe,  
 Sicherungsverwahrung,  
 Arbeitshaus,  
 Unterbringung in Heil- und Pflegeanstalt,  
 Unterbringung in Ernterheilanstalt  
 Letztmalig entlassen im Jahre: .....

Seite 2

(Rufname) **Siegmond Israel** (Familienname) **Fiebelmann**  
 geb. am **4.1.1902** in **Meppen**  
 bet. **Emsland** Beruf: **Tiefbauarbeiter**  
 Bekenntnis: **mos.** Wohnung: **Hamburg, Hasselbrockerstr. 154 b/Schenk**  
 Zuletzt polizeilich gemeldet: .....  
 Ruf- und gegebenenfalls Geburtsname des Ehegatten: **Ruth-Sara/Adler** Zahl der Kinder: **1**  
 Name und Wohnung des nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatte usw.): **Ehefrau: - wie oben -**

Gefangenenbuchnummer: **Z 83/42**  
 Unterbringung: **Zuchthaus**

**J u d e**

Vollstreckungsbehörde oder sonstige um Aufnahme ersuchende Behörde	Strafentscheidung usw.	Straftat - Tatverbaht -	a) Art und soweit möglich Dauer bzw. Höchst-dauer der zu vollstreckenden Strafe, Maßregel der Sicherung o. Besserung oder sonstigen Freiheitsentziehung b) Anzurechnende Untersuchungsdauer	Straf- oder Verwahrungszzeit		Neues Ende der Straf- oder Verwahrungszzeit Tag und Tageszeit	Austritts-tag und Tageszeit	Grund des Austritts
				Beginn Tag und Tageszeit	Ende Tag und Tageszeit			
<b>STA. Hamburg 11 Js. P. 900/41</b>	<b>8. 7. 41.</b>	<b>Rassen-schande</b>	<b>a) 2 Jahre Kriegs-zuchthaus o) 61 Tage</b>	Uhr	Uhr	Min. Min.	Uhr	<b>M.</b>
				Min.	Min.	Min. Min.	Min.	
				Uhr	Uhr	Min. Min.	Uhr	
				Min.	Min.	Min. Min.	Min.	

VollzD. A 6 Urchrift. Arbeitsverwaltung Wöhnsenec.

**Q2** Haftkarte des Zuchthauses Fuhlsbüttel für Siegmund Fiebelmann, verurteilt wegen »Rassenschandek«



**Bloch Reinhold** *Reinhold Bloch*  
 geboren 12.3.07 zu *Hamburg* Nr. 15254  
 eingetretene 22.9.37  
 zuerst besteuert 27.37  
 A G. G. K. B. Nr. 15254  
 Nr. 15254

Firma und Branche: *Handelsgesellschaft*  
 Gewerbesteuer: *Handelsgesellschaft*  
 Wohnung: *Handelsgesellschaft*  
 Finanzamt u. Steuernummer: *5 2 57*

Ehren:	Jahr	Vertrag			Bezahl			Bemerkungen
		Jahr	Vertrag	Bezahl	Jahr	Vertrag	Bezahl	
	1937	1	1	1				St. D. 50302 6/4 i. d. M.
Eltern:	1937	1	1	1				
geb. <i>Jacob</i>	1937	1	1	1				
Kinder:	1937	1	1	1				
1. geb.	1937	1	1	1				
2. "	1937	1	1	1				
3. "	1937	1	1	1				
4. "	1937	1	1	1				
5. "	1937	1	1	1				
6. "	1937	1	1	1				
7. "	1937	1	1	1				
8. "	1937	1	1	1				
9. <i>1937 15. 11. 39</i>	1937	1	1	1				
ausgegeben den <i>Ausweis durch</i>	1937	1	1	1				
durch: <i>1/12. 1938</i>	1937	1	1	1				

© Staatsarchiv Hamburg

**Q3** Reinhold Blochs Karteikarte zur Verzeichnung der gezahlten Kultussteuer als Mitglied der Hamburger jüdischen Gemeinde

## AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

- 1 Gruppenarbeit | Plenum Verfasst mit den Informationen aus **Q1**, **Q2** und **Q3** Texte zu jeder der drei Personen. Beschreibt außerdem, was euch an den Dokumenten auffällt.
- 2 Partnerarbeit | Plenum In **D1** werden mehrere KZ und eine Tötungsanstalt erwähnt. Verortet sie auf einer Landkarte, sammelt Informationen zu ihnen und verfasst je einen Text.
- 3 Gruppenarbeit | Plenum **D1**, **D2**, **Q2** Stellt dar, wie sich das »Blutschutz«-Gesetz

eurer Vorstellung nach auf das Zusammenleben der Menschen im NS-Regime auswirkte.

- 4 Partnerarbeit | Plenum **D1**, **D2** Die deutsche Bevölkerung denunzierte selbst für die Nationalsozialisten unerwartet oft Männer und Frauen wegen »Rassenschande«. Schon ein kleiner Flirt oder ein flüchtiger Kuss konnten Spitzeleien bis in die intimsten Lebensbereiche auslösen. Stellt Vermutungen an, warum die Denunziationsrate so hoch war, und überlegt, wie ihr eure Vermutungen überprüfen könntet.

## AUFGABEN | WEITERFÜHREND

- 1 Einzelarbeit | Plenum Wer im NS-Regime »Rassenschande«-Vorwürfen ausgesetzt war, wurde in der Bundesrepublik oft weiter stigmatisiert (**D2**). Beschreibe, was das für Überlebende bzw. überlebende Angehörige bedeutet haben mag. Erkläre zudem, unter welchem Vorbehalt Deine Beschreibungen stehen.
- 2 Partnerarbeit | Plenum Recherchiert, wie die Entschädigungspraxis bei NS-Opfern

aussah, die wegen »Asozialität« verfolgt worden waren.

- 3 Einzelarbeit | Plenum Erst 1998 hob der Deutsche Bundestag die Urteile wegen »Rassenschande« auf. Recherchiert, wie der juristische Umgang mit den Urteilen bis dahin in der Bundesrepublik verlief. Beachtet dabei mögliche personelle Kontinuitäten. Nehmt zum Schluss zu der Entwicklung begründet Stellung.

# ALS TRANSVESTIT IM VISIER DER POLIZEI

■ **Heinrich Bode** | 1910 – 1943 KZ Buchenwald, ermordet

Stellinger Weg 2 | Eimsbüttel

<sup>1</sup> **D1** Heinrich Bode war der uneheliche Sohn der Fabrikarbeiterin Elsa Bode und wuchs wegen deren Berufstätigkeit bei ihrer Mutter in einer Einzimmerwohnung in Eimsbüttel auf, im Stellinger Weg 2. Nach dem Tod der Großmutter <sup>5</sup> 1938 zog Heinrichs Tante Margarethe Bode dort ein. Als Kind und Jugendlicher schlief Heinrich in der Küche auf dem Sofa, als Erwachsener teilte er sich das Schlafzimmer mit seiner Tante. <sup>10</sup> Seine Mutter berichtete, er habe schon im Alter von anderthalb Jahren getanzt und »Theaterkram« gemacht.

Während der Schulzeit arbeitete Heinrich Bode <sup>15</sup> nebenher als Kontorbote, um die Haushaltskasse aufzubessern. Nach dem Abbruch der Volksschule war er weiter als Bote tätig. Er wäre gern Tänzer geworden, was aber aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Nach sechsjähriger <sup>20</sup> Botentätigkeit handelte er etwa zwei Jahre lang mit Obst, Blumen und Zuckerwaren.

In seiner Freizeit verkehrte er schon als Jugendlicher in den einschlägigen Homosexuellenlokalen <sup>25</sup> »Zu den 3 Sternen« und »Stadtkasino«, wo er von Männern in Frauenkleidern fasziniert war. Auch zog er selbst solche Kleidung an – zunächst heimlich, dann auch in der Öffentlichkeit. 1927 nahm ihn die Kriminalpolizei erstmals <sup>30</sup> als homosexuellen Transvestiten ins Visier. Das wiederholte sich in den Folgejahren, hatte aber zunächst keine gerichtlichen Konsequenzen.

Es änderte sich, nachdem er im Herbst 1933 in <sup>35</sup> Frauenkleidern mit einem Mann einvernehmlich sexuelle Handlungen in den Grünanlagen bei der Eppendorfer Kirche vorgenommen hatte. Dieser Mann zeigte ihn im Nachhinein bei der Polizei an, angeblich, nachdem er gemerkt hatte,

<sup>40</sup> dass Heinrich Bode ein Mann sei. Das Amtsgericht Hamburg verurteilte Heinrich Bode daraufhin wegen »tätlicher Beleidigung« zu zwei Monaten Gefängnis. Noch 1933 trat er auch als »Tänzerin« auf dem Hamburger Dom auf. Das <sup>45</sup> Engagement wurde aber nicht verlängert. Danach arbeitete er erst in einer Wäscherei, dann in einer Tischlerei.

Im Oktober 1936 erfuhr die Polizei von Heinrich <sup>50</sup> Bodes seit Sommer 1934 bestehendem Verhältnis mit Kurt Hahn. Beide hatten sich im Lokal Monte Carlo auf St. Pauli kennengelernt. Umgehend kam Heinrich Bode für zwei Monate als »Schutzhäftling« in das KZ Fuhlsbüttel und <sup>55</sup> danach in die Untersuchungshaftanstalt am Holstenglacis. Nun stand er zum zweiten Mal wegen seiner homosexuellen Veranlagung vor Gericht. Am 7. Januar 1937 verurteilte ihn das Amtsgericht Hamburg wegen fortgesetzten <sup>60</sup> gehens gegen Paragraph 175 zu 18 Monaten Haft.

Knapp ein Jahr nach der Entlassung wurde ihm im Mai 1939 seine Leidenschaft, »im Fummel« aus dem Haus zu gehen, erneut zum Verhängnis. Er hatte in Frauenkleidern mit seiner Tante <sup>65</sup> ein Tanzlokal aufgesucht und wurde daraufhin wegen »groben Unfugs« zu einem Monat Haft verurteilt.

<sup>70</sup> Am 12. November 1939, gegen 7.30 Uhr, übergaben drei Wehrmachtsangehörige einen Mann in Frauenkleidung dem diensthabenden Polizisten auf dem Hamburger Fischmarkt mit den Worten: »Das ist ein warmer Bruder.« Gemeint <sup>75</sup> war damit Heinrich Bode, der in Frauenkleidern, wieder zusammen mit seiner Tante, eine nahe gelegene Schankwirtschaft besucht hatte. Dort war er mit den drei Soldaten ins Gespräch über

den Polenfeldzug gekommen und hatte ihnen Bier ausgegeben. Da er ihnen verdächtig vorkam, hielten sie ihn fest, als er zur Toilette gehen wollte, und brachten ihn zu dem Polizisten. Dieser verdächtigte Heinrich Bode, sich »wieder homosexuell betätigt« zu haben, und nahm ihn fest.

Nach der Verhaftung beschrieb Heinrich Bode in einem Verhör seine Empfindungen: »Schon mit meinem 20. Lebensjahr habe [ich] Frauenkleider getragen. Früher hatte ich die Erlaubnis solche zu tragen. Frauenkleider habe ich derzeit deshalb gerne getragen, weil ich in solcher Kleidung gerne alleine tanzte. In sinnlicher Beziehung übt diese Kleidung auf mich keine Reize aus. Ich fühle [mich] lediglich nur wohl, wenn ich in Frauenkleidung alleine tanzen kann.«

Vom 14. bis zum 21. November 1939 saß Heinrich Bode erneut im KZ Fuhlsbüttel ein. Es folgte die Verlegung in die Untersuchungshaftanstalt an der Holstenglacis, nahe Planten und Blumen.

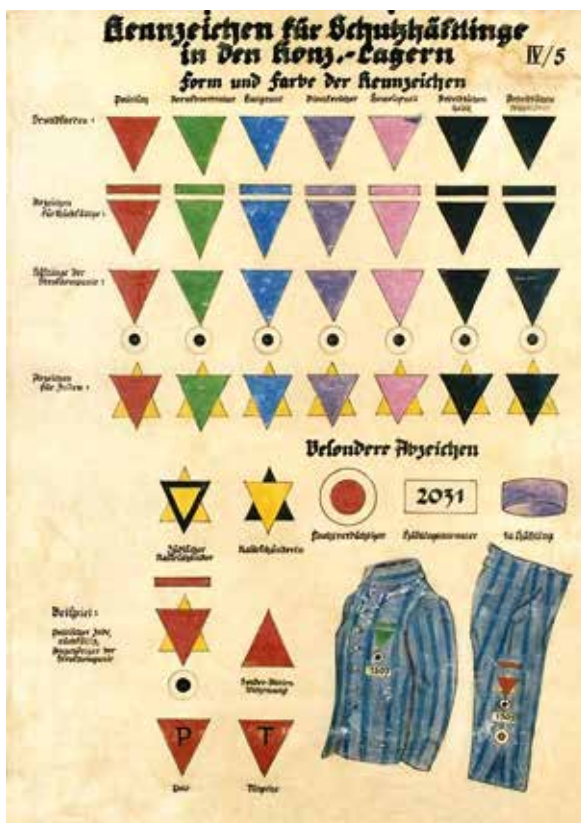
Auch wurden Gutachten über ihn erstellt, etwa vom Obermedizinalrat Hans Koopmann: »Es handelt sich [...] bei Bode um einen geistig beschränkten, willensschwachen, hysterischen, geltungssüchtigen, passiv homosexuellen (bisexuellen) Psychopathen mit Neigung zum Vornehmen einer Transvestitur.« Koopmann stellte zudem eine ungünstige kriminalbiologische Prognose und schlug als erste »Sicherungsmaßnahmen« Bodes Entmündigung und Entmannung vor. Strafrechtlich hielt er ihn für zurechnungsfähig, obwohl er ihm laut »§ 6,1 BGB« eine Geistesschwäche attestierte.

Am 25. April 1940 verurteilte das Landgericht Hamburg Heinrich Bode wegen Verstoßes gegen Paragraf 175 in fünf Fällen und groben Unfugs gemäß Paragraf 360 zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Wochen Haft. Auch wurde ihm der »dringende Rat« erteilt, sich entmannen zu lassen.

Aus dem Untersuchungsgefängnis Hamburg kam Heinrich Bode in das Männerstrafgefängnis Wolfenbüttel. Knapp zwei Jahre später, im Februar 1942, wurde er zurück nach Hamburg gebracht und in das Polizeigefängnis Hütten in der Neustadt zur Kriminalpolizei »entlassen«. Wie in vielen vergleichbaren Fällen begann nun für ihn die tödlich endende »Nebenjustiz« durch die am 10. April 1942 folgende Einlieferung in das Konzentrationslager Buchenwald.

Während sich Heinrich Bode dort als Häftling Nr. 3966 im Block 30 in »Vorbeugehaft« befand, stimmte der Hamburger Amtsgerichtsrat Heinrich Ohlrogge im Juni 1942 seiner Entmündigung wegen »Geistesschwäche« zu. Begründung: »Er bedarf einer straffen Aufsicht und Lenkung, um seine abartigen Neigungen, die ihn schon des öfteren mit dem Strafgesetz in Konflikt gebracht haben, zu unterdrücken und um es ihm zu ermöglichen, ein vernunftgemäßes Leben zu führen.«

Die »straffe Aufsicht« endete für Heinrich Bode am 13. September 1943 im Konzentrationslager Buchenwald mit dem Tod.



© Bundesarchiv Bild\_146-1993-051-07 CC-BY-SA, 3.0

**Q1** Homosexuelle mussten im KZ einen rosa Winkel tragen und diesen wie alle Internierten selbst auf ihren Häftlingsanzug nähen.

## THEMA HOMOSEXUELLE IM NATIONALSOZIALISMUS

<sup>1</sup> **D2** Für die Nationalsozialisten war Homosexualität eine »Seuche«, die es »auszurotten« galt; Homosexuelle sollten bekämpft werden, um den »gesunden Volkskörper« vor Ansteckung zu schützen. 1935 verschärfte die NS-Justiz den Paragraphen 175 des Reichsstrafgesetzbuchs, der sexuelle Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts unter Strafe stellte. Nun reichte schon ein »begehrlicher Blick«, um aus einem Mann einen Kriminellen zu machen. 54 000 Männer wurden in der NS-Zeit in Hamburg zu Gefängnis oder Zuchthaus verurteilt oder in Anstalten wie die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn eingewiesen. Die Verfolgung ging einher mit angeblich freiwilliger Entmannung und der Verbringung in KZ oder Tötungsanstalten. Viele Beschuldigte sahen angesichts eines drohenden Gerichtsverfahrens keinen anderen Ausweg als Selbsttötung.

Von Anfang hatte das NS-Regime es auch auf Transvestiten abgesehen. Am 13. November 1933 erhielt die Hamburger Polizeibehörde die An-

weisung vom Senat, »Transvestiten besonders zu beachten und erforderlichenfalls in das Konzentrationslager zu überführen«. Für die Polizei waren Transvestiten grundsätzlich homosexuell, sodass auch für sie der verschärfte Paragraph 175 galt.

Die Bundesrepublik setzte die Verfolgung Homosexueller ungebrochen fort, von dem Historiker Wolfgang Benz »ideologieübergreifender Gleichlaut des Abscheus« genannt. Der verschärfte Paragraph 175 galt noch bis 1969 und wurde erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Die DDR hatte ihn 1968 aufgehoben. Angesichts der andauernden staatlichen Kriminalisierung und gesellschaftlichen Diskriminierung sprach ein Vertreter der Homosexuellen erstmals 1995 öffentlich bei einer Gedenkveranstaltung einer KZ-Gedenkstätte, und zwar in der Gedenkstätte Sachsenhausen.

Lesbische Frauen wurden im NS-Regime nicht strafrechtlich verfolgt, bei Anklagen wegen Straftaten jedoch oft höher bestraft als heterosexuelle.

### AUFGABEN | GRUNDLEGEND

**1** Partnerarbeit | Plenum **D1, Q1** Erstellt eine Zeitleiste, die die schrittweise Entrechtung und Entwürdigung Heinrich Bodes bis hin zu seinem Tod 1943 darstellt.

**2** Gruppenarbeit | Plenum **D1, D2** Ähnlich wie Heinrich Bode wurden viele Homosexuelle im Nationalsozialismus Opfer einer Denunziation. Stellt dar, was mögliche Gründe gewesen sein können. Erklärt zudem, weshalb

ihr nur Vermutungen anstellen könnt und was gegeben sein muss, damit ihr belastbare Gründe nennen könntet.

**3** Einzelarbeit | Plenum **D1, D2, Q1** Homosexuelle mussten im KZ einen rosa Winkel tragen und waren damit dem Gespött und den Hänseleien der SS sowie von Häftlingen aller Kategorien ausgesetzt. Erklärt, weshalb das so war.

### AUFGABE | WEITERFÜHREND

**1** Gruppenarbeit | Plenum **D1, D2, Q1** Erörtert auf der Basis dessen, was ihr über die Kriminalisierung der Minderheit der Homosexuellen wisst und mittels weiterer Recherchen, ob es in Hamburg so wie in Berlin ein Mahnmal zum Gedenken an die homosexuel-

len NS-Opfer geben sollte. Diskutiert auch Alternativen des Gedenkens und ob ein solches Mahnmal eher nur dem Gedenken an historisches Unrecht oder auch gegenwartsbezogenen Anliegen wie dem Kampf gegen Homophobie und Transphobie gewidmet sein sollte.



## »UNWERTES LEBEN«

■ **Siegfried** | 1943 – 1944 Kinderklinik Rothenburgsort, ermordet

Marckmannstraße 135, ehemalige Kinderklinik | Rothenburgsort

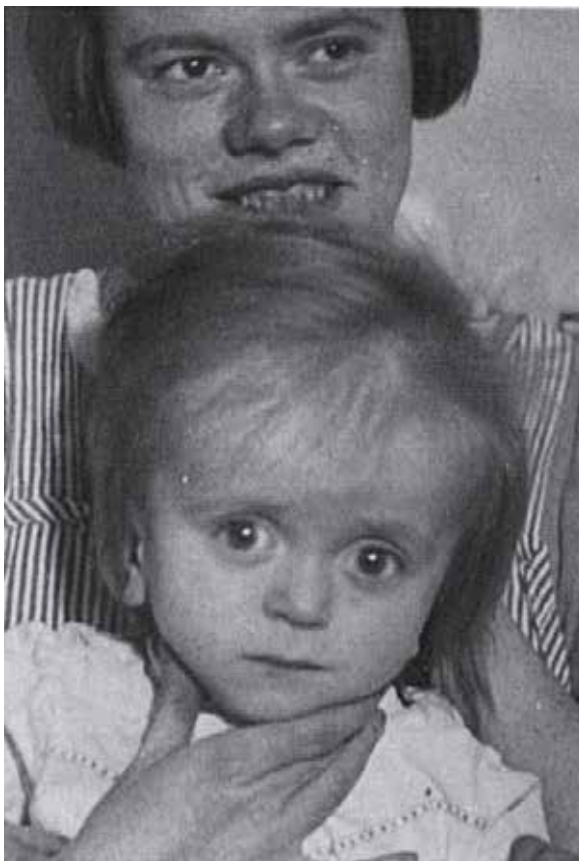
<sup>1</sup> **D1** Siegfried war ein Findelkind. Die Umstände, unter denen er als Neugeborener oder Säugling gefunden wurde, sind nicht bekannt. Vermutlich ging er im Juli/August 1943 während der

<sup>5</sup> Zerstörung großer Teile Hamburgs durch Luftangriffe verloren.

Mit der Perspektive einer Adoption wurde er einem Ehepaar in Langenhorn in Pflege gegeben und nach dem Pflegevater benannt. Zudem

<sup>10</sup> bekam er einen Amtsvormund. Er blieb aber nicht bei den Pflegeeltern, sondern wurde in das private Hamburger Säuglingsheim in der Hochallee 1 in Harvestehude gebracht. Von dort

<sup>15</sup> überwies der Heimleiter Ludwig Gmelin ihn in



© Privatbesitz

die damaligen Alsterdorfer Anstalten, wo er am 16. März 1944 aufgenommen wurde. Die Pflegeeltern blieben aber stets in Kontakt mit ihm.

<sup>20</sup> Auffällig bei Siegfrieds Aufnahme in Alsterdorf war seine stark vorgewölbte Stirn. Auch reagierte er nicht auf Geräusche, seine Pupillen veränderten sich kaum bei wechselndem Licht und ob er überhaupt sehen konnte, ließ sich nicht sicher

<sup>25</sup> feststellen. Seine Arme und Beine blieben meist gebeugt, er konnte den Kopf nicht heben und nicht sitzen. Siegfried wirkte »völlig blöde«, so der aufnehmende Arzt, reagierte auf nichts und stieß während der Untersuchung fast ununter-

<sup>30</sup> brochen ein »wimmerndes Geschrei« aus. Der Arzt schätzte sein »subjektives und körperliches Befinden« als »ausreichend« ein und diagnostizierte »Idiotie (Hydrocephalus Wasserkopf)«.

<sup>35</sup> Der Schriftverkehr in den Unterlagen beginnt sieben Wochen nach Siegfrieds Aufnahme in Alsterdorf und endet mit seiner Verlegung in das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort am 5. September 1944. Er gibt Aufschluss darüber,

<sup>40</sup> wer wann über Siegfrieds Lebensweg entschied: Am 4. Mai 1944 holte der Amtsvormund vom Jugendamt, das die Kosten für Siegfrieds Unterbringung und Behandlung trug, Angaben zum Personenstand und dem vermutlichen Ort

<sup>45</sup> und Tag seiner Geburt ein. Der damals leitende Arzt in Alsterdorf, Gerhard Schäfer, teilte daraufhin mit, das Findelkind sähe aus, »als ob es

**Q1 Siegfried im Juni 1944 in den damaligen Alsterdorfer Anstalten. Die junge Frau, die seinen Kopf hält, ist ein »Hilfsmädchen«, eine Patientin in Schwesterntracht. Sie lebte nach dem Zweiten Weltkrieg noch viele Jahre in Alsterdorf.**

1½ Jahre alt« wäre. Er fügte hinzu: »Es hat einen Wasserkopf und ist völlig idiotisch.«

50

Acht Wochen später, am 1. Juli 1944, forderte das Gesundheitsamt Hamburg die Krankengeschichte des Kindes an; das Aktenzeichen verwies auf den »Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingtem schweren Leiden«.

55

Irgendjemand hatte Siegfried dort bereits im Mai 1944 gemeldet und schon Anfang Juni hatte der »Reichsausschuss« dem Leiter des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort, Wilhelm Bayer, Siegfrieds Einlieferung angekündigt. Auch Hans Grieve, Obermedizinalrat im Gesundheitsamt Hamburg sowie Leiter der 1942 als selbstständige Abteilung eingerichteten Beratungsstelle für »Erb- und Rassenpflege« beim Gesundheitsamt Hamburg wurde einbezogen. Nach weiteren zwei Monaten ordnete er Siegfrieds Verlegung von Alsterdorf nach Rothenburgsort an.

70

Am 5. September 1944 wurde Siegfried im dortigen Kinderkrankenhaus aufgenommen und

auf die chirurgische Station gebracht. Die Ärztin Lotte Albers, die ihn untersuchte, beschrieb ihn als einen etwa zweijährigen Jungen mit großem Kopf und kleinem Körper, dessen Körperlänge und -gewicht unter der Norm lagen. Der sonstige Befund deckte sich mit dem aus Alsterdorf. Sie ergänzte, dass er am Daumen lutsche. Ihre Diagnose ging über die frühere hinaus, hatte sie doch außer »Hydrocephalus und Idiotie« noch Blindheit und Taubheit festgestellt. Es fehlt jeder Hinweis auf ein Gespräch mit den Pflegeeltern oder dem Amtsvormund über die mögliche »Behandlung«.

75

80

85

In den viereinhalb Wochen seines Aufenthalts im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort wurden an Siegfried etliche sehr eingreifende und quälende Untersuchungen durchgeführt, darunter zwei Enzephalographien (Lufteinblasungen ins Gehirn) – die erste zwei Tage nach seiner Ankunft, die zweite elf Tage später. Aus den Ergebnissen schlossen die Ärztinnen und Ärzte auf eine Unterentwicklung des Gehirns. Siegfrieds Pflegeeltern erfuhren erst eine Woche nach seiner Verlegung davon.

90

95



© Sammlung Andreas Babel

**Q2** Einige der Assistenzärztinnen des Kinderkrankenhauses Rothenburgsort beim gemeinsamen Kaffeetrinken. Ganz rechts Ingeborg Wetzel

## THEMA »EUTHANASIE«

**D2** Ausgehend von seinem Ideal einer »reinen Rasse« erfasste das NS-Regime erbkrankte, körperlich oder geistig behinderte Personen und ließ sie als »lebensunwert« ermorden. Diese Massentötung bezeichneten die Nationalsozialisten beschönigend als »Euthanasie«, griechisch für »leichter Tod«.

Ab 1939 wurden in der Kinder-»Euthanasie« mindestens 5000 Säuglinge und Kinder ermordet (s. Themen-Kasten S. 36). Der Erwachsenen-»Euthanasie« 1940/41 fielen mindestens 70 000 Menschen zum Opfer. Sie hieß auch »Aktion T4« nach der Tiergartenstraße 4 in Berlin, wo die für die Organisation des Massenmords zuständige Dienststelle saß. Anhand von Meldebögen, die Heil- und Pflegeanstalten für ihre Patientinnen und Patienten ausfüllen mussten, entschieden Gutachter über deren Leben. Wer sterben sollte, wurde in extra dafür errichteten Tötungsanstalten mit Gas oder einer Giftspritze ermordet. Dieser Aktion lag auch wirtschaftliches Kalkül zugrunde. Betroffen waren vor allem Langzeitpatientinnen und -patienten mit hohem Pflegeaufwand.

Nach Protesten der Kirchen wurde die »Aktion T4« 1941 offiziell eingestellt. 1943 begann die »wilde Euthanasie«, auch »Aktion Brandt« genannt. Um Ausgebombte unterzubringen, wurden Anstalten geräumt – in Hamburg die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn und die damaligen Alsterdorfer Anstalten. Die Insassen kamen in spezielle Einrichtungen, deren Personal sie mit überdosierten Medikamenten tötete oder verhungern ließ. Das betraf etwa 30 000 Personen. Jüdische Geisteskranke wurden in einer Anstalt bei Koblenz gesammelt und den systematischen Deportationen

Die ärztliche Versorgung wechselte von Lotte Albers zur Ingeborg Wetzel. Diese nahm weitere belastende Untersuchungen ohne erkennbaren Wert vor – die letzte am 2. Oktober. Am Morgen des 9. Oktober starb Siegfried. Ingeborg Wetzel hatte ihm unter Assistenz der Stationsschwester Martha Müller die tödliche Spritze verabreicht.

Zwischen Siegfrieds Tod und der Meldung durch das Kinderkrankenhaus in Rothenburgs-

**Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn**  
Aufnahmskarte Nr. 31 307

Hamburg, den **9.3.43**

Zur. Vorname: **Landshöft, Wilma, Adele**

Mutter: **Vater: Kaufmann.**

geboren am: **22.3.13** in **Hamburg**

Staatsangehör.: **W.N.**

Wohnung: **Alsterdorfer Anstalten seit 29.3.35**

Familienstand: **ledig**

Diagnose: **Wilhelm Engelhard Landshöft (Jude)**  
**Adele, Carloline, Martha, geb. Wierig**

geb. am: **geb. 1871** St. N.

Diagnose: **Alsterdorfer Anstalten** **Mischf. Idiotie**

Nachbehandl.: **Dr. Jaeger.** Überbring.:  
Abteilung: **Fr. 4**  
Diagnose: **Idiotie.**  
J. **17.4.43** *Landshöft*  
Zusatz zur Kartei: *geb. 9/11.13 / Koblenz*  
Einfuhr: *1. April 1943*  
Hofname:  
U.N.N.  
Kam mit Sammeltransport aus d. Alsterdorfer-Anstalten.  
Diagnose: **Idiotie.**

© Staatsarchiv Hamburg

**Q3** Wilma Landshöft kam 1935 mit 22 Jahren in die damaligen Alsterdorfer Anstalten, wurde im März 1943 in die Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn verlegt und vier Wochen später in die Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde.

angeschlossen. Reichsweit wurden in der »Euthanasie« zwischen 1939 und 1945 insgesamt rund 300 000 Menschen ermordet.

In der Nachkriegszeit blieben die Täterinnen und Täter fast immer unbehelligt, ihre Opfer erfuhren keine Wiedergutmachung und nicht einmal die Anerkennung ihrer Leiden.

ort an das zuständige Standesamt vergingen acht Tage. In dieser Zeit seziierte der Arzt Josef Heine im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg Siegfrieds Körper und untersuchte das Gehirngewebe. Der Befund mit der Sektionsnummer 778 ging am 26. Oktober 1944 im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort ein. Josef Heine war einer der wenigen leitenden Ärzte des Krankenhauses St. Georg, die die Britische Militärregierung 1945 nicht entließ.

## THEMA »EUTHANASIE« AN KINDERN

<sup>1</sup> **D3** Durch die Kinder-»Euthanasie« ab 1939 wurden reichsweit mindestens 5000 geistig oder körperlich behinderte Säuglinge und Kinder bis 16 Jahre getötet. Die Organisation dieses Massen-

<sup>5</sup> mords übernahm die »Kanzlei des Führers« Adolf Hitler durch eine Tarnorganisation: den »Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingtem schweren Leiden«.

Zunächst sollten Ärztinnen und Ärzte, Hebammen und Entbindungsanstalten, geburtshilfliche Abteilungen und Kinderkrankenhäuser behinderte Kinder mit einem Formular bei den Gesundheitsämtern melden. Dort beurteilten Amtsärzte die Kinder allein auf Basis der Formulare. War ein Kind <sup>10</sup> für sie ein »Euthanasie«-Fall, wiesen sie es in eine extra eingerichtete »Kinderfachabteilung« in ausgewählten Krankenhäusern ein – in Hamburg in

das private Kinderkrankenhaus Rothenburgsort oder in die städtische Heil- und Pflegeanstalt <sup>20</sup> Langenhorn. Die Amtsärzte informierten auch die Eltern – erzählten ihnen aber, dass ihr Kind in eine Fachabteilung käme, in der es besonders gut betreut und behandelt würde.

Die meisten eingewiesenen Kinder wurden <sup>25</sup> nicht sofort ermordet, sondern teilweise noch monatelang Opfer medizinischer Experimente. Die Tötung erfolgte mit überdosierten Schlafmitteln, wodurch eine scheinbar natürliche Todesursache attestiert werden konnte. In Hamburg wurden von 123 »Reichsausschuss-

<sup>30</sup> kindern« 82 getötet. 22 von ihnen in Langenhorn, 60 in Rothenburgsort. Es sind die einzigen »Euthanasie«-Opfer, die in Hamburg direkt ermordet wurden.

### AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

- 1** Einzelarbeit | Plenum **Recherchiert die Bedeutung des Begriffs »Euthanasie«.** Vergleicht sie mit der Verwendung des Begriffs durch das NS-Regime und erklärt, weshalb die Nationalsozialisten diesen Begriff wählten.
- 2** Einzelarbeit | Plenum **D1, Q1** Verfasst aus der Sicht des Hilfsmädchens einen Tagebucheintrag, in dem sie über Siegfried schreibt, nachdem sie von seinem Tod erfahren hat.
- 3** Partnerarbeit | Plenum **Verfasst anhand von Q3 eine Biografie Wilma Landshöfts.**
- 4** Gruppenarbeit | Plenum **D1–D3** Zu den Hamburger »Euthanasie«-Tätern zählten Wilhelm Bayer, Friedrich Knigge, Friedrich Ofterdinger und Kurt Struve. Recherchiert ihre jeweilige Funktion und verfasst zu jedem einen Text, in den ihr auch einbezieht, ob ihr Handeln in der Bundesrepublik Konsequenzen hatte. Nehmt dazu Stellung.
- 5** Partnerarbeit | Plenum **D1–D3** Stellt Euch vor, ihr könntet einem der Täter und Täterinnen drei Fragen stellen. Begründet eure Wahl der Person und listet die Fragen auf.

### AUFGABEN | WEITERFÜHREND

- 1** Einzelarbeit | Plenum **D1–D3** In der Geschichtswissenschaft wird diskutiert, ob die »Euthanasie« als Vorläuferin des Holocaust gelten kann. Recherchiert Argumente dafür und dagegen und nehmt anschließend selbst dazu Stellung.
- 2** Einzelarbeit | Plenum **Analysiert quellenkritisch das Foto Q2.**
- 3** Einzelarbeit | Plenum **Die Pränataldiagnostik wird manchmal mit der NS-»Euthanasie« verglichen. Erörtere: Ist das gerechtfertigt?**



# SOLIDARISCHER KAMPF IM UNTERGRUND

- **Käthe Tennigkeit, geb. Schlichting** | 1903 – 1944 Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, ermordet
- Richard Tennigkeit** | 1900 – 1944 KZ Neuengamme, ermordet

## Moschlauer Kamp 24 | Farmsen-Berne

- <sup>1</sup> **D1** Käthe Schlichting stammte aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie. Von 1909 bis 1917 besuchte sie die Volksschule in der Barmbekerstraße 30 in Hamburg-Winterhude.
- <sup>5</sup> Schon früh trat sie in die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ, heute Die Falken) ein. Nach der Volksschule besuchte sie die Handelsschule und arbeitete anschließend als Kontoristin. Auch wurde sie Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).
- <sup>10</sup> Anfang der 1930er-Jahre war sie für die Bäckergewerkschaft tätig und kümmerte sich dort um die Lage der Arbeiterinnen. Nebenberuflich gab sie Gymnastikkurse.



© Privatbesitz

### **Q1 Käthe und Richard Tennigkeit in den 1930er-Jahren**

- <sup>15</sup> Zu jener Zeit lernte sie Richard Tennigkeit kennen. Er war als Dreher Mitglied im Metallarbeiterverband und wohnte in der Berner Gartenstadtsiedlung, am Moschlauer Kamp 24. Genau wie Käthe gehörte er der KPD an und
- <sup>20</sup> saß für diese um 1930 im Gemeinderat von Farmsen-Berne. Und genau wie Käthe war er sportlich aktiv. 1929 hatte er den kommunistischen orientierten Sportverein Fichte Eppendorf mitgegründet und spielte dort Feldhandball.

- <sup>25</sup> Direkt nach der Machtübergabe an die NSDAP am 30. Januar 1933 verhaftete ein Greiftrupp aus Polizei und SA Richard Tennigkeit, ließ ihn aber bald wieder frei. Wenig später verboten
- <sup>30</sup> die Nationalsozialisten reichsweit die KPD und die SPD sowie ihre Zeitungen und lösten die Arbeitersportvereine auf. SA und SS besetzten die Gewerkschaftshäuser und beschlagnahmten das Gewerkschaftsvermögen. Käthe wurde
- <sup>35</sup> entlassen.

- Im Juni 1933 heirateten Käthe Schlichting und Richard Tennigkeit. 1935 kam ihr Sohn zur Welt. Er erinnerte sich später: »Sowohl mein Vater als
- <sup>40</sup> auch meine Mutter haben mir Freude am Lernen vermittelt und meinen Lerneifer durch stetes Lob für gute schulische Leistungen angeregt. (...) Meine Eltern haben mir immer wieder gesagt, daß nur ein kluger Mensch davor geschützt sei,
- <sup>45</sup> den Irrlehren eines Hitlers zu begeben (...)«.

- Die Familie wohnte weiterhin am Moschlauer Kamp. An den Wochenenden boten Wanderungen in der Lüneburger Heide und Faltboot-
- <sup>50</sup> Ausflüge willkommene Erholung, hinzu kamen gemeinsame Zelturlaube an der Ostsee.

- Auch nach dem Verbot der KPD arbeiteten Käthe und Richard Tennigkeit für den kommunistischen Widerstand. In ihrem Haus führten sie politische Schulungs- und Diskussionsabende
- <sup>55</sup> durch und beteiligten sich an Sammelaktionen der ebenfalls verbotenen, KPD-nahen Roten Hilfe Deutschlands, die politische Häftlinge und deren Familien unterstützte.
- <sup>60</sup>

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 musste Richard Tennigkeit nicht zur Wehrmacht, da er als Dreher im Hamburger Hafen in kriegswichtiger Produktion eingesetzt war und damit als »unabkömmlich« galt. Um 1940 schlossen Käthe und er sich der Hamburger KPD-Widerstandsgruppe Bästlein-Jacob-Abshagen an. Auf dem Haus des Ehepaars am Moschlauer Kamp montierte ein befreundeter Elektriker einen »Blitzableiter«, der sich als Antenne zum Empfangen ausländischer Sender nutzen ließ. So konnten Tennigkeits politische Freundinnen und Freunde mit Informationen zur Kriegslage versorgen, die nicht von der NS-Propaganda gesteuert wurden.



**Q2** Todesanzeige von Käthe Tennigkeit im *Hamburger Anzeiger*, 26. April 1944

1943 versteckte das Ehepaar die Kommunisten Max Heyckendorf und Gustav Bruhn – wieder ein großes Risiko, da die Nationalsozialisten auch in Berne versuchten, mit abschreckenden

## THEMA POLITISCHER WIDERSTAND

**D2** Nur wenige Hamburgerinnen und Hamburger leisteten Widerstand gegen das NS-Regime. Dazu zählten Mitglieder der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Verbände.

Auf der Basis der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 verboten die Nationalsozialisten umgehend die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) als staatsfeindlich. Diese organisierte daraufhin ihre Weiterarbeit im Untergrund.

Dazu gehörten das Erstellen und Verbreiten von gegen das NS-Regime gerichtete Zeitungen und Flugblätter sowie das Sammeln von Geld, um Angehörige verfolgter Genossinnen und Genossen zu unterstützen.

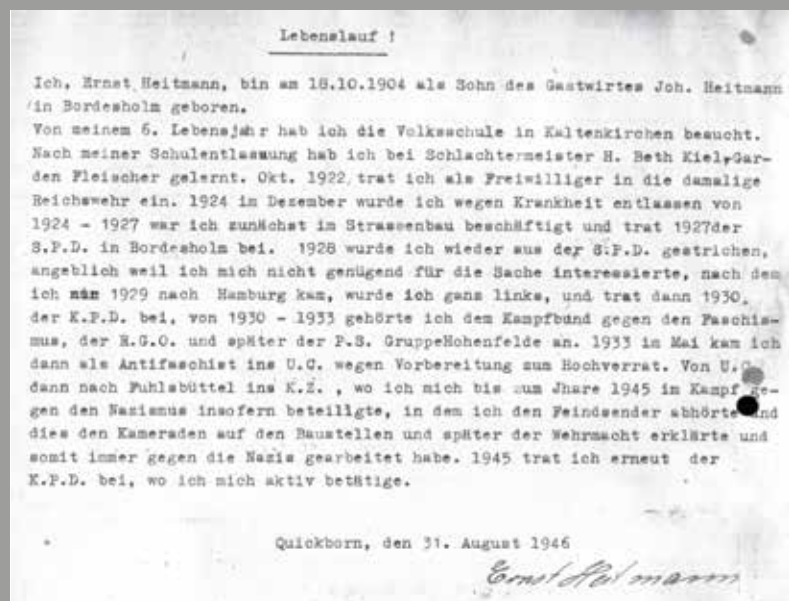
Besonders aktiv war der ebenfalls verbotene KJVD (Kommunistische Jugendverband Deutschlands). Dessen Mitglieder organisierten

Spontandemonstrationen, die sich nach wenigen Minuten wieder auflösten, und warfen Handzettel von Kaufhausdächern. Die SPD wollte die NS-Herrschaft mit legalen Mitteln beenden und setzte auf die Reichstagswahlen am 5. März 1933.

Doch vergeblich. Am 21. Juni 1933 wurde sie ebenso wie ihr Jugendverband, die SAJ (Sozialistische

Arbeiter-Jugend) verboten und arbeitete fortan ebenfalls in der Illegalität.

Wer politischen Widerstand leistete, tat dies unter großer Gefahr, denn das NS-Regime verfolgte politische Gegnerinnen und Gegner mit äußerster Brutalität. Durch Razzien, Verhaftungen, Folter und KZ-Einweisungen brachte die Gestapo bis 1937 den kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstand zum Erliegen.



**Q3** Lebenslauf des vom NS-Regime verfolgten KPD-Politikers Ernst Heitmann. Er überlebte die Inhaftierung im KZ Fuhlsbüttel.

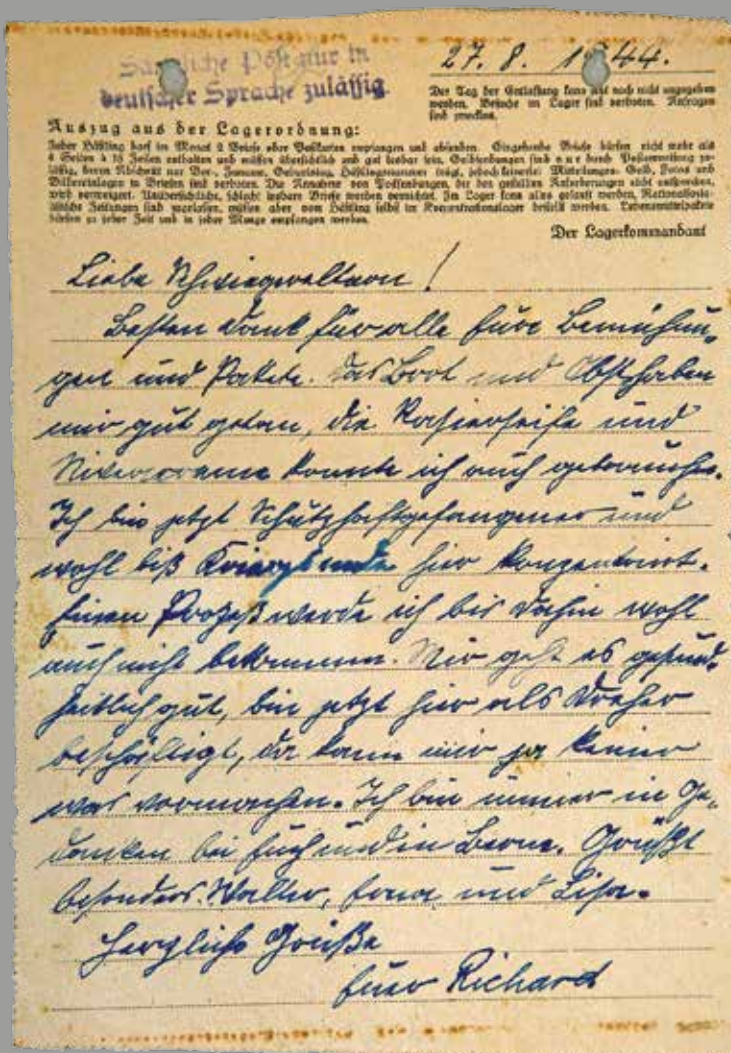
80 Aktionen eine Atmosphäre der Angst zu erzeugen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit fanden Verhaftungen und Hausdurchsuchungen statt.

Am 24. Februar 1944 wurden auch Richard und Käthe Tennigkeit Ziel einer solchen Aktion. Ein schwarzes Auto hielt vor ihrem Haus in Berne. Zwei Gestapo-Männer in schwarzen Ledermänteln stiegen aus, verhafteten Käthe und beschlagnahmten Bücher und Papiere, den Radioapparat sowie Kleidung und Schmuck. Den achtjährigen Sohn schickten sie zu Nachbarn. Richard wurde auf seiner Arbeitsstelle im Hamburger Hafen festgenommen und genau wie seine Frau in das Polizeigefängnis Fuhlsbüttel eingeliefert.

95 Die Gestapo wollte das Ehepaar unter anderem zwingen, den Aufenthaltsort des untergetauchten Max Heyckendorf zu verraten und drohte mit der Heimeinweisung des Sohnes.

100 Zwei Monate später, am 20. April 1944, wurde Käthe Tennigkeit erhängt in ihrer Zelle aufgefunden. Als offizielle Todesursache wurde Selbstmord angegeben. Der Wahrheit näher käme wohl »in den Tod getrieben«. Oder es handelte sich um einen gewaltsamen Tod in Folge eines der brutalen Verhöre der Gestapo.

Die Häftlinge in Fuhlsbüttel durften pro Monat lediglich zwei Briefe verschicken und empfan-



Transkription von Richard Tennigkeits Brief (links):

»Liebe Schwiegereltern!  
 Besten Dank für alle Eure Bemühungen und Pakete. Das Brot und Obst haben mir gut getan, die Rasierseife und Niveacreme konnte ich gut gebrauchen. Ich bin jetzt Schutzhaftgefangener und wohl bis Kriegsende hier konzentriert. Einen Prozeß werde ich bis dahin wohl auch nicht bekommen. Mir geht es gesundheitlich gut, bin jetzt hier als Dreher beschäftigt, da kann mir ja keiner was vormachen. Ich bin immer in Gedanken bei Euch und in Berne. Grüßt besonders Walter, Erna und Lisa.  
 Herzliche Grüße  
 Euer Richard«

Q4 Richard Tennigkeits Brief an seine Schwiegereltern vom 20. November 1944



<sup>110</sup> gen. Vier Wochen nach Käthes Tod schrieb Richard Tennigkeit seinen Schwiegereltern: »Endlich kann ich Euch wieder schreiben. Durch meine Verlegung auf einen Saal kann ich immer am 20. jeden Monats schreiben. Eure Briefe  
<sup>115</sup> habe ich dankend erhalten. Allmählich bekomme ich mein Gleichgewicht wieder, doch ein Leben ohne Käte kann ich mir immer noch nicht vorstellen.«

<sup>120</sup> Anfang Juni 1944 wurde Richard Tennigkeit in das Konzentrationslager Neuengamme im Hamburger Osten verlegt. Ende August 1944 teilte er seinen Schwiegereltern mit: »Ich bin jetzt Schutzhaftgefangener und wohl bis Kriegs-  
<sup>125</sup> ende hier konzentriert. Einen Prozeß werde ich bis dahin wohl auch nicht bekommen. Mir

geht es gesundheitlich gut, bin jetzt hier als Dreher beschäftigt.«

<sup>130</sup> In einem weiteren Brief an die Schwiegereltern, der am 20. November 1944 datiert ist, deutet er erstmals seinen schlechten Gesundheitszustand an: »Schickt mir kein schwarzes Brot, ich kann es schlecht vertragen«. Wahrscheinlich  
<sup>135</sup> litt er zu diesem Zeitpunkt bereits an einer Magen-Darm-Erkrankung. Am 12. Dezember 1944 starb Richard Tennigkeit im Konzentrationslager Neuengamme. Als offizielle Todesursache wurde Typhus angegeben.

<sup>140</sup> Um Käthe und Richards Sohn kümmerten sich Verwandte. Als seine Eltern starben, war er noch nicht einmal zehn Jahre alt.

## AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Gruppenarbeit | Plenum Informiert euch in dem Text des Historikers Wolfgang Benz auf [db.saur.de/DGO/language/de/resistance.html](http://db.saur.de/DGO/language/de/resistance.html) über Definitionen des Begriffs Widerstand. Wählt die eurer Ansicht nach beste aus und begründet eure Wahl. Listet dann alle gesellschaftlichen Gruppen auf, die danach Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Bewertet das Ergebnis.

**2** Partnerarbeit | Plenum Nennt die Merkmale des politischen Widerstands und alle in **D1, D2, Q3** erwähnten Widerstandsformen.

**3** Einzelarbeit | Plenum **D1, D2, Q1, Q3** Beschreibt, welche positiven und welche negativen Folgen Richards und Käthe Tennig-

keits politische Überzeugung für ihr Leben bis zu ihrer Verhaftung 1944 hatte.

**4** Einzelarbeit | Plenum **Q, Q2, Q4** Richard Tennigkeits Brief wurde zensiert. Angenommen, das wäre nicht der Fall: Verfasst einen Brief, den er eurer Meinung nach dann über sein Befinden und seine Einschätzung der politischen Lage schreiben würde.

**5** Gruppenarbeit | Plenum **D1, D2, Q3** Informiert euch über die Situation kommunistischer Widerstandskämpferinnen und -kämpfer in der Nachkriegszeit (BRD und DDR). Verfasst dazu einen fiktiven Wikipedia-Eintrag und fügt auch Abbildungen hinzu.

## AUFGABEN | WEITERFÜHREND

**1** Einzelarbeit | Plenum Recherchiert: Gibt es in eurem Stadtteil oder Bezirk oder in ganz Hamburg Straßen, die an NS-Widerstandskämpferinnen oder -kämpfer erinnern? Wenn ja, schreibt eine kurze Biografie zu einer der Personen. Wenn nein, überlegt, nach wem ihr eine Straße benennen würdet und

verfasst einen (fiktiven) begründeten Antrag an die Bezirksversammlung, an diese Person mit einem Straßennamen zu erinnern.

**2** Einzelarbeit | Plenum Erörtert: Wann und wie hätte der politische Widerstand gegen das NS-Regime noch eine Chance gehabt?



# UNBEUGSAM AUS GLAUBENSGRÜNDEN

■ **Maria A. Chrupalla** | 1897 – 1942, Tötungsanstalt Bernburg a.d. Saale, ermordet

■ **Paul Chrupalla** | 1899 – 1951, fast 10 Jahre Haft

Große Bergstraße 219–223 | Altona-Altstadt

<sup>1</sup> **D1** Die Zeugen Jehovas wurden 1933 als erste Glaubensgemeinschaft verboten. Die Nationalsozialisten sahen in ihnen »Wegbereiter des jüdischen Bolschewismus«, angegriffen wurde ihr Bekenntnis zur Gleichheit der Rassen und ihre »Fremdlenkung« aus den USA. Sie gerieten in scharfen Gegensatz zum NS-Staat. Für sie war nur Gott »Heil« zuzusprechen, weshalb sie den Hitlergruß verweigerten. Sie traten NS-Organisationen nicht bei, gaben ihre Kinder nicht in die Hitlerjugend und übten keinen Kriegsdienst aus wegen des biblischen Gebots, nicht zu töten. Nach dem Verbot ihrer Vereinigung führten sie diese illegal weiter. Die Geschlossenheit der Gruppe und ihr starker Glaube führten zu einer hohen Beteiligung an Widerstandsaktionen. Dagegen gingen Gestapo und Justiz hart vor. Zwischen 1933 und 1945 wurden über 1300 Zeuginnen Jehovas in Konzentrationslagern gefangen gehalten und dort wie die rund 3000 männlichen Gefangenen eine eigene Häftlingskennzeichnung: den lila Winkel.

Auch in Altona hatten die Zeugen Jehovas ihre religiöse Tätigkeit in den Untergrund verlegt. Am <sup>25</sup> 11. Januar 1935 wurden bei einer »Bibelstunde«, die wie alle Versammlungen und Gottesdienste als gesellige Zusammenkünfte getarnt wurden, sechs Anwesende festgenommen, darunter das <sup>30</sup> Ehepaar Maria und Paul Chrupalla. Es organisierte offenbar maßgeblich die Treffen der Glaubensangehörigen in Altona, die verdeckt in verschiedenen Wohnungen stattfanden.

<sup>40</sup> Beide weigerten sich bei der folgenden Vernehmung durch die Gestapo, andere Glaubensangehörige zu verraten. »Brüder und Schwestern belastete ich nicht, weil ich es nicht vor meinem Gott

verantworten kann«, erklärte Paul Chrupalla. <sup>45</sup> Die Gestapo verdächtigte ihn, aus der Schweiz nach Deutschland geschmuggelte »Wachturm«-Schriften verbreitet zu haben und er gab zu, solche in Altona und Stade verteilt zu haben. Die Gestapo hielt das Ehepaar für die führenden <sup>50</sup> Köpfe der Jehova-Anhänger in Altona und Paul Chrupalla für die leitende Persönlichkeit.



© Privatbesitz Hildegard Ceyer

**Q1 Paul Chrupalla**

Maria und Paul Chrupalla waren seit 1932 verheiratet und lebten in Altona in der Großen Bergstraße 224. Paul war Schlosser, aber zurzeit der <sup>55</sup> Festnahme arbeitslos. Maria führte den Haushalt. Beide standen seit Anfang der 1920er-Jahre in Kontakt zu den Zeugen Jehovas, Paul hatte sich 1926 taufen lassen, Maria 1930.

<sup>60</sup> Maria Chrupalla wurde wegen ihrer Aktivitäten in »Schutzhaft« genommen und in das Frauen-KZ Moringen überführt. Ein »Führungsbericht« vom 14. Juni 1935, den der Direktor des KZ anlässlich eines Haftprüfungstermins verfasste, <sup>65</sup> gibt Aufschluss über ihre Haftsituation und ihr Verhalten in Moringen: »Chrupalla ist seit dem 11. Januar 1935 im hiesigen Konzentrations-

lager untergebracht. Sie gehört zu den Internationalen Bibelforschern und ist ganz besonders fanatisch. So habe ich sie vor einiger Zeit isolieren müssen, da sie versucht hat, bei anderen Lagerinsassen für ihre Ideen Propaganda zu machen. Auch verweigert sie den vorgeschriebenen deutschen Gruß. Sonst führt sie sich gut und führt die ihr aufgegebenen Arbeiten aus. Sie hat mir erklärt, daß sie, selbst wenn sie lebenslang in einem Konzentrationslager bleiben müsse, niemals ihre Ideen aufgeben wolle.«

Nach neun Monaten wurde Maria Chrupalla entlassen. Ihr Mann, der im Februar 1935 in das Emslandlager in Esterwegen überstellt worden war, kam ebenfalls im Oktober frei. Nun mussten sich beide vor einem Sondergericht verantworten. Dieses verurteilte sie am 14. November 1935 zu einem weiteren Monat Gefängnis.

Nach der Entlassung wurden beide wieder aktiv. Paul Chrupalla betreute eine Gruppe als Prediger, Maria half ihm und übernahm später die Leitung dieser Gruppe. Auch sammelte sie Geld für eine Notkasse für verfolgte Glaubensangehörige. Mitte 1936 wurde das Ehepaar erneut festgenommen. Paul Chrupalla blieb bis Januar 1937 in Haft, Maria wurde freigelassen. Sie betätigte sich nun als Kurierin und Verteilerin bei der Flugblattaktion der Zeugen Jehovas am 12. Dezem-

ber 1936 gegen die Einschränkung der Glaubensfreiheit. Vom 15. Dezember bis 22. März 1937 musste sie erneut in »Schutzhaft«. Paul hatte inzwischen auf einer Werft Arbeit gefunden.

Im Juni 1937 beteiligte sich das Ehepaar an der reichsweiten Aktion der Glaubensgemeinschaft, in einem als Flugblatt verteilten »Offenen Brief« über ihre Verfolgung aufzuklären. Es folgten Massenverhaftungen ein. Wieder wurde das Ehepaar festgenommen und verurteilt: Paul zu zwei Jahren und neun Monaten Haft, Maria zu zwei Jahren und sechs Monaten. Maria erklärte vor dem Landgericht Hamburg, die Gesetze des Staates nur anerkennen zu wollen, solange sie mit den Gesetzen der Bibel in Einklang stünden. Zwischen 1935 und 1937 war sie fünf Mal verhaftet worden. 1937 kam sie in das KZ Fuhlsbüttel und von dort in das Frauen-KZ Ravensbrück.

Paul Chrupalla saß zuletzt im KZ Sachsenhausen bei Oranienburg ein. Im Februar 1942 sagte man ihm, dass seine Frau in Ravensbrück gestorben sei. Später erfuhr er, dass sie von Ravensbrück in die Heil- und Pflegeanstalt Bernburg a. d. Saale transportiert worden war. Dort und nicht in Ravensbrück war Maria Chrupalla am 6. Februar 1942 ermordet worden. Paul Chrupalla überlebte die insgesamt fast zehnjährige Inhaftierung in Gefängnissen und im Konzentrationslager.



**Q2** Ausschnitt aus dem Flugblatt, mit dem die Zeugen Jehovas im Juni 1937 reichsweit auf ihre Unterdrückung aufmerksam machten.

## THEMA DIE ZEUGEN JEHOVAS IM NATIONALSOZIALISMUS

<sup>1</sup> **D2** Die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas gehört zu den vom NS-Regime besonders unerbittlich verfolgten Gruppen, weil sie sich aus religiöser Überzeugung entschieden gegen den Nationalsozialismus stellte. Die Mitglieder lehnten den Hitler-Gruß ab, traten nicht in NS-Organisationen ein und verweigerten trotz drohender Todesstrafe den Kriegsdienst. Erst versuchte sich die aus den USA stammende Organisation noch vordergründig <sup>10</sup> den »nationalen Verhältnissen anzupassen«. Am 25. Juni 1933 distanzierte sie sich in einer mit antisemitischem Vokabular formulierten Erklärung von dem Vorwurf, »von Juden finanziert« zu sein. Kurz darauf wurde sie in Norddeutschland verbo- <sup>15</sup> ten. Ab 1934 setzte sie ihr Gemeindeleben und die Missionstätigkeit illegal fort und entfernte sich

immer deutlicher vom NS-Regime. 1937 machte sie durch das reichsweite Verteilen von 100 000 Flugblättern auf die Unterdrückung ihrer Mitglieder <sup>20</sup> aufmerksam – eine Maßnahme, die als größte Widerstandsaktion gegen die Nationalsozialisten gilt. Von den rund 25 000 Mitgliedern, die die Vereinigung 1933 hatte, wurde fast jede bzw. jeder Zweite inhaftiert. Über 4000 wurden in Konzentrationslager deportiert, etwa 1200 ermordet. Um den Willen der Zeugen Jehovas zu brechen, bot die SS ihnen die Entlassung aus dem KZ an, wenn sie ihrem Glauben abschwören. Das tat fast niemand. Überlebende KZ-Häftlinge beschrieben übereinstimmend <sup>30</sup> die Glaubensfestigkeit, Tapferkeit, Sturheit und Hilfsbereitschaft der »Bibelforscher«. Bis heute fordern sie keine staatliche Wiedergutmachung.

### AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Partnerarbeit | Plenum **Informiert Euch, u. a. mithilfe von D1 und D2, über die Religionsgemeinschaft der Zeugen Jehovas und verfasst über sie und die für euch wichtigsten Bestandteile ihres Glaubens einen Text.**

**2** Partnerarbeit | Plenum **D1, D2, Q2** Die Zeugen Jehovas äußerten sich auch antisemitisch. Erörtert: Ist es trotzdem berechtigt, zum Gedenken an sie als NS-Opfer Stolpersteine zu verlegen?

### AUFGABEN | WEITERFÜHREND

**1** Partnerarbeit | Plenum **D1, D2** Fasst zusammen, weshalb sich die Zeugen Jehovas gegen das NS-Regime stellten. Vergleiche dann ihre Motive mit denen politischer NS-Gegnerinnen und -Gegner. Diskutiere schließlich unter Einbeziehung eurer Ergebnisse zu Aufgabe 1, »Grundlegend«, ob sich das Verhalten der Zeugen Jehovas als Leitbild in unserer heutigen Gesellschaft eignet.

ihre Haltung auch politische Wirkung zeigte, lagen ihr doch ausschließlich religiöse Motive zu Grunde. Recherchiere zunächst über die Haltung der beiden christlichen Kirchen zum NS-Regime. Vergleiche die Resultate danach mit euren Recherchen und Kenntnissen zu den Zeugen Jehovas. Nehme schließlich zu dem Ergebnis Stellung.

**2** Gruppenarbeit | Plenum Die Zeugen Jehovas waren die einzige religiöse Gemeinschaft, die in den Konzentrationslagern eine eigene Häftlingskategorie bildete, gekennzeichnet durch den lila Winkel – und so sehr

**3** Partnerarbeit | Plenum Auch Muslime waren NS-Opfer. Informiert euch zunächst gründlich über das Verhältnis zwischen ihnen und dem NS-Regime und lest als Einstieg den Text auf [schoah.org/kz/muslime.htm](http://schoah.org/kz/muslime.htm). Verfasst anschließend einen fiktiven Wikipedia-Eintrag.

# FUSSBALLER BEIM SV ST. GEORG

■ **Hermann Kath** | 1908 – 1945 Hamburg, ermordet

Classenweg 8 | Wellingsbüttel | Hammer Steindamm 130 | Hamm

<sup>1</sup> **D1** Hermann Kath galt unter Fußballfans als großes Torwarttalent. Wegen seiner Sprungkraft wurde er auch »die Katze« genannt. Ab 1928 spielte er in der Oberligamannschaft des SV

<sup>5</sup> St. Georg von 1895. Von 1931 bis 1935 absolvierte er darüber hinaus 18 Spiele für die Hamburger Fußballauswahl.

1934 heiratete er Martha Tiefmeier. Das Paar

<sup>10</sup> wohnte in Hamm und bekam eine Tochter. Hermann war als kaufmännischer Angestellter beschäftigt, verlor im Juni 1936 jedoch seine Arbeit. Im November 1936 wurde die Ehe geschieden. Das Kind blieb bei der Mutter und

<sup>15</sup> Hermann Kath zog zurück zu seinen Eltern.

Am 10. Juli 1940 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Am 9. März 1941 heiratete er in zweiter Ehe die Österreicherin Olga Berauer.

<sup>28</sup> Doch auch diese Verbindung hielt nur kurz. Bei

der Wehrmacht wurde Hermann Kath mehrfach inhaftiert, weil er »unangepasst« war. Die genauen Gründe sind nicht überliefert. Belegt sind zwei Gefängnisaufenthalte 1942, im Janu-

<sup>25</sup> ar 1944 kam er in das Wehrmachtsgefängnis Torgau/Elbe. Im September 1944 wurde er der Feldstrafgefangenen-Abteilung 5 im vom NS-Regime besetzten Polen zugeteilt. Dort fasste die Wehrmacht Häftlinge mit »charakterlichen

<sup>30</sup> Mängeln« in Baurupp-Einheiten für die Ostfront zusammen. Sie mussten gefährliche Arbeiten wie etwa Minenlegen, Minenräumen, Bunker-, Stellungs- und Straßenbau erledigen und bekamen nur geringe Verpflegung.

<sup>35</sup> Bereits am 17. Oktober 1944 wurde Hermann Kath zur 17. Panzerdivision in die Ukraine abkommandiert. Spätestens ab März 1945 war er dann in Hamburg-Altona eingesetzt. Kurz da-

<sup>40</sup> rauf verhaftete ihn eine Militärstreife. Sowohl

## THEMA DESERTEURE

<sup>1</sup> **D2** Zentrale Leitlinie der Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg war die unbedingte Durchsetzung von Disziplin und Gehorsam, um die »Schlagkraft« der Truppe zu sichern. Schon in den

<sup>5</sup> ersten Monaten nach Kriegsbeginn verurteilten deutsche Militärgerichte über 100 Kriegsdienstverweigerer, vor allem Zeugen Jehovas, zum Tode. Als nach der Niederlage in Stalingrad 1942 die deutschen Truppen im Osten den Rückzug antraten

<sup>10</sup> und die deutsche Bevölkerung zunehmend am »Endsieg« zweifelte, ging die Wehrmachtsjustiz immer härter gegen Ungehorsame und Abweichler unter den deutschen Soldaten vor. zu. Am 3. April 1945 ordnete Heinrich Himmler – Reichsführer-SS,

<sup>15</sup> Chef der deutschen Polizei und Reichsinnen-

minister – an, alle männlichen Personen zu erschießen, die nicht zum »Volkssturm« zwecks Verstärkung der Wehrmacht angetreten waren oder aus deren Haus weiße Tücher gehängt würden.

<sup>20</sup> Am 12. April 1945 forderte ein weiterer Befehl die uneingeschränkte Verteidigung der deutschen Städte, bei Zuwiderhandlung drohte die Erschießung. Am 8. Mai 1945 kapitulierten die deutschen Truppen.

<sup>25</sup> Nach Kriegsende galten die Deserteure weiter als »Vaterlandsverräter«, ihnen schlug Abscheu und Hass entgegen. Die Richter wurden nicht belangt, viele setzten ihre Karriere in der Bundesrepublik fort. Bis 2009 dauerte die Aufhebung aller

<sup>30</sup> nationalsozialistischen Unrechtsurteile gegen





© Privatbesitz

### Q1 Hermann Kath war Torwart beim SV St. Georg von 1895.

Feldgendarmen der Wehrmacht als auch SS-Formationen in gleicher Funktion kontrollierten zu jener Zeit einzelne Soldaten, die sich im Urlaub sowie auf dem Weg von oder zu ihrer  
 45 Einheit befanden.

Am 15. März 1945 ging beim Militärgericht die Mitteilung ein, Hermann Kath habe sich der »unerb. Entfernung«, also der Desertion schuldig gemacht. Er wurde in das Wehrmachtsunter-  
 50 suchungsgefängnis Hamburg-Altona in der Strafanstalt Hamburg-Fuhlsbüttel gebracht.

Das Gericht der Wehrmacht, Kommandantur Hamburg, fällte am 12. April 1945 das Todes-  
 55 urteil gegen Hermann Kath wegen »Fahnenflucht«. Es wurde am 18. April bestätigt.

Am 20. April 1945 wurde auf dem Schießplatz Höltigbaum in Hamburg-Rahlstedt das Urteil  
 60 gegen den inzwischen 36-jährigen Hermann Kath vollstreckt. Wehrmachtssoldaten der nahegelegenen Graf-Goltz-Kaserne, die sich freiwillig gemeldet hatten, bildeten das Erschießungskommando. Außer Hermann Kath wurden  
 65 am selben Tag die Matrosen Alwin Klank, Rolf Reh und Ernst Gennerich, der Heizer Karl Tibbert und der 20-jährige Kraftfahrer Herbert Walter hingerichtet. Standardmäßig nahm zudem ein Arzt des Reservelazarets zur amtlichen  
 70 Feststellung des Todes an der Erschießung teil.

Das Gericht der Wehrmacht teilte üblicherweise den Angehörigen mit: »Todesanzeigen oder Nachrufe in Zeitungen, Zeitschriften und  
 75 dergl. sind verboten.« Hermann Kath's Sterbeurkunde des Standesamts Hamburg-Wandsbek, ausgestellt am 20. August 1945, nennt als Todesursache »plötzlicher Herztod«. Seine Leiche wurde auf dem Ohlsdorfer Friedhof unter einem  
 80 Holzkreuz begraben. 1960 wurde das Grab in die »Kriegerehrenallee« – seit 2016 Ida-Ehre-

»Wehrkraftzersetzer«, Deserteure und »Kriegsverräter« durch den Deutschen Bundestag. Davon war automatisch auch das Urteil gegen Hermann Kath betroffen.

35 In Hamburg fällte die Wehrmachtsgesetzgebung mindestens 227 Todesurteile gegen Soldaten, vor allem wegen Desertion und »Zersetzung der Wehrkraft«. Vollstreckt wurden sie im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis und am Standortschießplatz Höltigbaum (Rahlstedt).

2015 weihte die Stadt Hamburg nach einem langen Diskussionsprozess am zentral gelegenen Stephansplatz einen Gedenkort für  
 45 Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz ein.

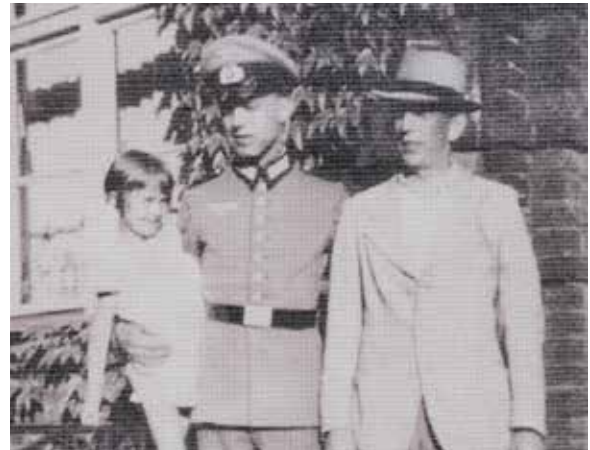


© Ayspbah | Wikimedia Commons | Lizenz: CC-BY-SA-3.0 DE

### Q2 Der Hamburger Gedenkort für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz

Allee – unter einen Kissenstein bei BM 52, Reihe 6, Grab 26 überführt.

- <sup>85</sup> Das Urteil gegen Hermann Kath ist nicht mehr auffindbar. Da ein Verlust des Dokuments durch Kriegseinwirkungen ausgeschlossen werden kann, ist eine absichtliche Vernichtung denkbar.
- <sup>90</sup> Ein Stolperstein für Hermann Kath liegt vor dem Haus im Classenweg 8, in dem seiner Mutter nach der Ausbombung 1943 ein Zimmer zugewiesen worden war. Der zweite Stolperstein liegt in der Nähe der Sportanlagen seines Vereins SV St. Georg.
- <sup>95</sup> Vereins SV St. Georg.



© Privatbesitz

**Q3** Hermann Kath (l.) mit seiner Tochter Christa im Jahr 1940

## AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

- 1** Partnerarbeit | Plenum **D1, D2, Q3** Entwerft einen Dialog zwischen Hermann Kath und einem anderen Soldaten seiner Einheit, in dem beide im März 1945 darüber diskutieren zu desertieren.
- 2** Einzelarbeit | Plenum **D1, D2** Definiert den Begriff Widerstand, etwa mithilfe des Textes auf [db.saur.de/DGO/language/de/resistance.html](http://db.saur.de/DGO/language/de/resistance.html). Erörtert dann: Hat Hermann Kath Widerstand geleistet? Wenn ihr die Frage nicht beantworten könnt, begründet auch dies.
- 3** Plenum Diskutiert: Weshalb ist es wichtig zu wissen, dass Menschen im NS-Regime Widerstand leisteten?
- 4** Partnerarbeit | Plenum **D2** Ein Deserteursdenkmal gibt es in Hamburg erst seit 2015. Recherchiert den Weg dorthin (u. a. in der Parlamentsdatenbank, [buergerschaft-hh.de/parldok](http://buergerschaft-hh.de/parldok), und auf [kurzurl.net/xZnCp](http://kurzurl.net/xZnCp), Die Welt v. 18.04.2012, letzter Zugriff 1.4.2017). Erstellt dann zu dem Thema einen Podcast und bewertet dabei auch das Deserteursdenkmal.

## AUFGABEN | WEITERFÜHREND

- 1** Arbeitsteilige Gruppenarbeit | Plenum Das Hamburger Deserteursdenkmal steht neben dem sogenannten 76er-Kriegerdenkmal und dem Gedenkmal des österreichischen Künstlers Alfred Hridlicka. Recherchiert zunächst die Geschichte auch dieser beiden Denkmäler. Fahrt dann, wenn möglich, zum Stephansplatz und nehmt das Ensemble selbst in Augenschein. Macht Fotos und verfasst Texte mit euren spontanen Gedanken zu jedem Denkmal. Entwerft schließlich wahlweise ein Plakat mit allen Texten und Abbildungen, eine Führung für eure Lerngruppe zu allen drei Denkmälern oder ein Radiofeature.
- 2** Arbeitsteilige Gruppenarbeit | Plenum **D1** Für die fünf zusammen mit Hermann Kath hingerichteten Männer gibt es keine Stolpersteine. Findet möglichst viel über sie heraus (zum Beispiel indem ihr euch an das Hamburger Staatsarchiv/Archivpädagogik wendet, und durch Recherchen im Internet). Diskutiert dann, ob ihr auch für diese Männer Stolpersteine verlegen würdet und wenn ja, wie ihr dazu vorgehen könntet.

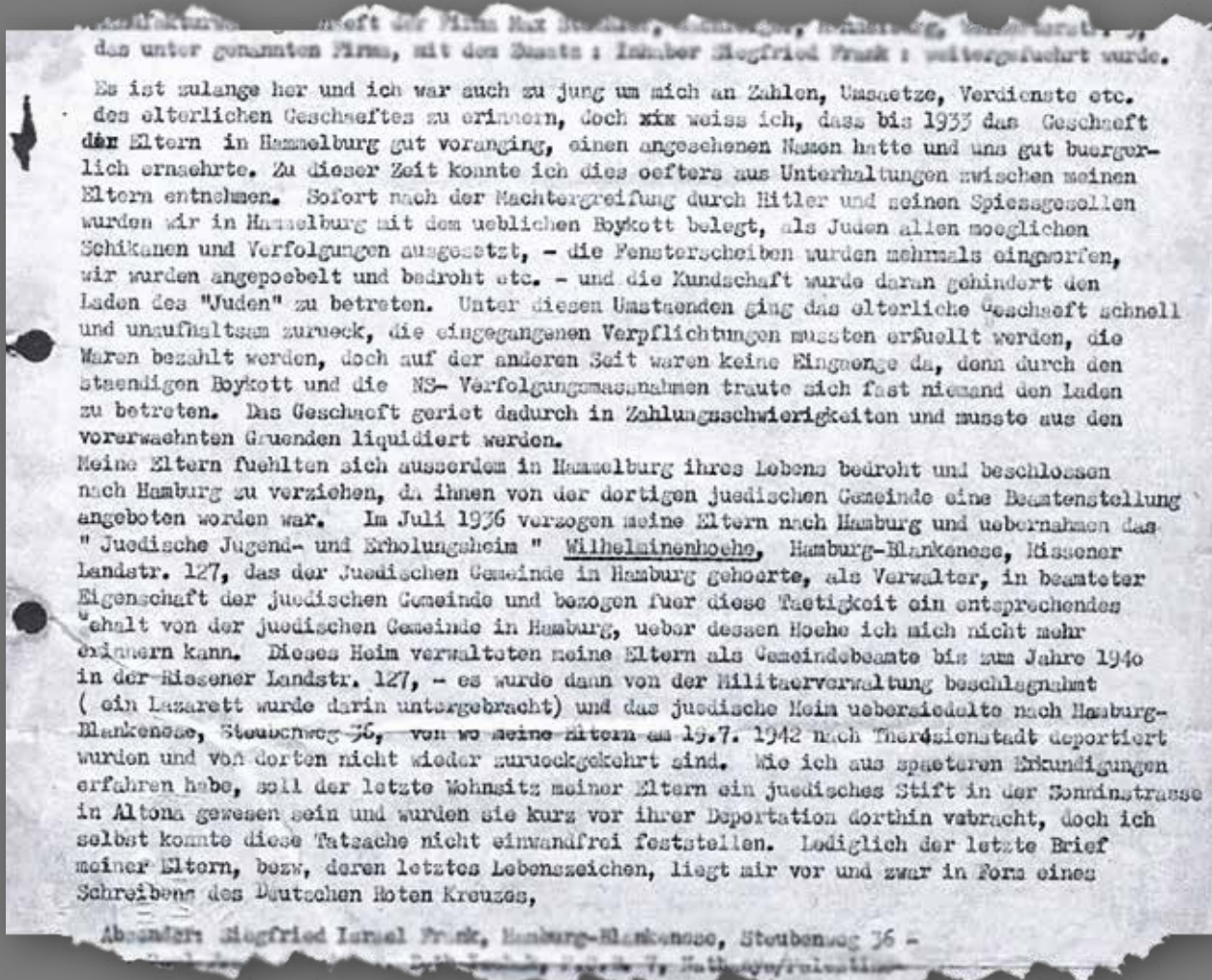
## EXKURS »WIEDERGUTMACHUNG«

<sup>1</sup> **D1** Opfer des NS-Regimes hatten nach Kriegsende 1945 Anspruch auf Entschädigungsleistungen für durch die Verfolgung erlittenen Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum und Vermögen sowie beruflichen oder wirtschaftlichem Fortkommen. Ab 1953 regelte das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) diese »Wiedergutmachung« genannten staatlichen Leistungen. Das BEG-Schlussgesetz wiederum legte fest, <sup>10</sup> dass die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen am 31. Dezember 1969 endete

Bei den Zahlungen handelte es sich um individuelle materielle Leistungen entweder als Rück-

erstattung oder als Entschädigung. Erstere umfasste nur einen kleinen Teil der Mittel und betraf vor allem geraubte und entzogene Vermögenswerte. Der weitaus größere Teil fiel in den Bereich Entschädigung. Hinzu kamen Globalabkommen der Bundesrepublik mit anderen Staaten – darunter <sup>20</sup> bis 1964 mit zwölf westeuropäischen Ländern und erst in den 1990er-Jahren mit Ländern des einstigen Ostblocks – sowie mit Stiftungen oder Organisationen von Anspruchsberechtigten. In diesen Fällen übernahmen die Regierungen <sup>25</sup> oder Organisationen die Vergabe von Geldern an NS-Verfolgte.

→ Fortsetzung



**Q1** Mit einer ausführlichen eidstattlichen Erklärung versuchte der überlebende Sohn des aus Blankenese deportierten und im Getto Theresienstadt ermordeten Ehepaars Betty und Siegfried Frank seine berechtigten Ansprüche auf »Wiedergutmachung« zu begründen.



Der gesamte Komplex der »Wiedergutmachung« ist allerdings gekennzeichnet durch viele Kontroversen. Schon die Bezeichnung ist umstritten:

- <sup>30</sup> Das unermessliche Leid der Opfer lässt sich durch nichts »wieder gut machen«. Dabei betonte der Gesetzgeber seinen Willen, nicht nur zur materiellen »Wiedergutmachung« beizutragen, sondern auch dem im NS-Regime vielfach verletzten
- <sup>35</sup> Rechtsgefühl Genüge zu tun. Viele Deutsche wiederum sahen die Leistungen als lästige Pflicht und die Situation der Überlebenden als nachrangig gegenüber der eigenen Lage als Vertriebene oder sonstwie vom Krieg und seinen Folgen Betroffene.
- <sup>40</sup> Und während die Bundesregierung die »Wiedergutmachung« als historisch einzigartige Leistung betrachtet, fallen Beurteilungen aus Sicht der Opfer deutlich kritischer aus. Die Ausgestaltung des Gesetzes sei ein mühsames Ringen von
- <sup>45</sup> Opfernverbänden mit der mit einstigen NSDAP-Mitgliedern durchsetzten bundesrepublikanischen Bürokratie gewesen, die Umsetzung ein Kleinkrieg gegen die Opfer.

Die Überlebenden erhielten nicht automatisch

<sup>50</sup> eine Entschädigung, sondern mussten sie beantragen und den erlittenen Schaden nachweisen – für viele Opfer, die oft auch im Ausland lebten, ein bürokratischer und psychischer Kraftakt. So bestanden die Behörden immer wieder auf der

<sup>55</sup> Vorlage von Unterlagen, die deportations- oder kriegsbedingt nicht mehr existierten. Ersatzweise eidesstattliche Erklärungen wurden häufig nicht voll anerkannt. Auch mussten sich Antragstellende zum Teil mehrfach medizinischen Begutachtungen

<sup>60</sup> unterziehen, um klären zu lassen, ob ihre Beschwerden tatsächlich verfolgungsbedingt waren.

Wessen Antrag dann – oft erst nach Jahren – positiv beschieden wurde, der erhielt meist geringe Leistungen. Ein Monat KZ-Haft wurde mit 150 DM

<sup>65</sup> abgegolten, ein Tag mit 5 DM. Für Gesundheitsschäden wurden minimale Renten gezahlt.

Auch erhielten nicht alle Verfolgten Entschädigungsleistungen, sondern nur die Personen, die während der Verfolgungszeit im Deutschen

<sup>70</sup> Reich (in den Grenzen von 1937) gelebt hatten bzw. bis 1947 (später bis 1952) ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik hatten. Damit ging vor allem die bei Weitem größte Opfergruppe, die osteuropäischen Verfolgten, leer aus. Und als diese in den

<sup>75</sup> 1990er-Jahren doch noch Ansprüche anmelden konnten, waren viele bereits gestorben.

Auch Kommunisten, Sinti und Roma, Zwangssterilisierte, Homosexuelle, als »asozial« Verfolgte, Opfer der Wehrmachtsjustiz und Zwangsarbeiterrinnen sowie Zwangsarbeiter blieben jahrzehntelang oder sogar bis heute von jeder Zahlung ausgeschlossen.

## AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Plenum **Q1** Lest den Ausschnitt aus Paul Franks Erklärung und nennt alles, was euch spontan dazu einfällt.

**2** Einzelarbeit | Plenum **D1, Q1** Paul Frank formuliert sein Anliegen dem Amt für Wiedergutmachung gegenüber sehr höflich.

Versucht euch in seine Lage zu versetzen und schreibt aus seiner Sicht einen Brief an seine Schwester in Australien, in dem er beschreibt, wie ihm beim Verfassen des Antrags zumute war. Erklärt, weshalb ein solcher Brief nur eine Vermutung sein kann und unter welchen Voraussetzungen ihr ihn verfasst.

## AUFGABE | WEITERFÜHREND

**1** Partnerarbeit | Plenum **D1, Q1** Informiert euch, weshalb NS-Verfolgte nur dann eine Entschädigung erhielten, wenn sie ihren Anspruch nachweisen konnten. Recherchiert,

ob in der Nachkriegszeit auch andere Vorgehensweisen diskutiert wurden und wenn ja, welche und von wem. Stellt dar, weshalb sie gegebenenfalls nicht umgesetzt wurden.



## EXKURS STOLPERSTEINE UND ERINNERUNGSKULTUR

<sup>1</sup> **D2** Die Stolpersteine bilden mittlerweile das weltweit größte dezentrale Mahnmal. Zahlreiche Menschen unterstützen diese Form des partizipativen Gedenkens an die Opfer der NS-Gewalt-

<sup>5</sup> herrschaft, etwa indem sie durch eine Patenschaft die Verlegung eines neuen Steines ermöglichen oder indem sie regelmäßig die Steine reinigen.

Gleichwohl sorgen die Stolpersteine immer wieder für Auseinandersetzungen. Etwa darüber,

<sup>10</sup> ob durch sie die Opfer erneut entwürdigt werden, indem Menschen die Steine »mit Füßen treten« können; darüber, ob Angehörige Stolpersteine für ihre ermordeten Familienmitglieder legen lassen dürfen, obwohl die Stadt, in der das passieren soll,

<sup>15</sup> das Verlegen von Stolpersteinen verboten hat; darüber, ob die Inschriften NS-Vokabular wiederholen und die Nachkommen denunzieren oder darüber, ob im Sinne einer von Gunter Demnig beabsichtigten »Familienzusammenführung« auch

<sup>20</sup> Überlebende einen Stolperstein bekommen sollen.

Dahinter steht das Ringen um Antwort auf gleich mehrere Fragen: Wie wollen wir an NS-Opfer erinnern? Wer ist überhaupt »wir«? Und was sagt die Vergegenwärtigung von Vergangenheit in Form

<sup>25</sup> des Gedenkens über die gegenwärtige Gesellschaft aus? Die Stolpersteine haben das Erinnern an die NS-Zeit verändert. Mit ihnen lässt es sich nicht ritualisieren, abstrahieren und vom Alltag abtrennen. Sie holen es in den Alltag und so trägt auch die

<sup>30</sup> Kritik an ihnen dazu bei, den Sinn des Erinnerns immer wieder neu zu diskutieren und den Prozess des Erinnerns lebendig zu halten.

**Q1** Dieser ehemals in Hamburg verlegte Stolperstein wurde erneuert und trägt jetzt nicht mehr den Begriff »Rassenschande«.



© Gesche Cordes

### AUFGABEN | GRUNDLEGENDE

**1** Gruppenarbeit | Plenum **D1** Erstellt zum Thema Stolpersteine je einen fiktiven Eintrag auf Twitter, Facebook, Instagram und Snapchat.

**2** Einzelarbeit | Plenum **D1, Q1** 2014 gab es in Hamburg Debatten über einige Begriffe auf Stolpersteinen. Lies die Artikel auf [taz.de/](http://taz.de/)

!5030666 und [zeit.de/2014/47/stolpersteine-beschriftung-ns-verbrehen/komplettansicht](http://zeit.de/2014/47/stolpersteine-beschriftung-ns-verbrehen/komplettansicht) und erörtere den Sachverhalt.

**3** Gruppenarbeit | Plenum Diskutiert, welche Rolle für euch das Erinnern an die NS-Zeit spielt. Erläutert dann, ihr daran erinnern würdet.

### AUFGABEN | WEITERFÜHREND

**1** Partnerarbeit | Plenum **D1** Erstellt einen Erklärfilm zum Thema Stolpersteine.

**2** Partnerarbeit | Plenum Wählt eine Biografie von [stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de) und erstellt einen Hörstolperstein. Beispiele findet ihr auf [hoerstolpersteine.net/hoerstolpersteine/#Hamburg](http://hoerstolpersteine.net/hoerstolpersteine/#Hamburg)

**3** Gruppenarbeit | Plenum Seht Euch den Film auf [youtube.com/watch?v=cFzNBzKTS4I](http://youtube.com/watch?v=cFzNBzKTS4I) an,

lest die Kommentare und recherchiert über seine Entstehung. Erörtert: Ist der Film respektlos?

**4** Gruppenarbeit | Plenum Es gibt den Vorschlag, auch auf NS-Täter vor deren Wohnort hinzuweisen. Stellt dazu eine Podiumsdiskussion nach mit einem Nachkommen eines NS-Opfers, einem Nachkommen eines Täters, einem für die Entscheidung zuständigen Politiker und einer Journalistin.

# EIGENE RECHERCHE ZU STOLPERSTEINEN

Jugendliche, die selbst nach NS-Opfern recherchieren wollen, um für sie in Hamburg einen Stolperstein zu verlegen, können sich an den Hinweisen auf [stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de) unter »Recherche und Quellen« orientieren. Hilfreich ist es zudem, sich an eine Geschichtswerkstatt/ein Stadtteilarchiv zu wenden. Diese Einrichtungen verfügen über Spezialkenntnisse zu Verfolgungsmaßnahmen in ihrem Stadtteil oder Bezirk und können auch weitere Recherchetipps geben ([hamburger-geschichtswerkstaetten.de](http://hamburger-geschichtswerkstaetten.de)).

Als Einstieg eignet sich zudem eine Suche in den Hamburger Adressbücher zu konkreten Adressen (Straßenname, Hausnummer) sowie den dort lebenden Personen, um auf dieser Basis deren Verbleib in der NS-Zeit nachzugehen: [agora.sub.uni-hamburg.de/subhh-adress/digbib/asearch](http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh-adress/digbib/asearch)

Manchmal ist es auch möglich, die Geschichte der eigenen Schule in der NS-Zeit zu erforschen – etwa durch Schulakten oder Schulzeitungen –, und dann nach dem Verbleib einzelner Schülerinnen und Schülern zu recherchieren. Zu manchen Schulen gibt es auch Aktenbestände im Staatsarchiv Hamburg ([hamburg.de/staatsarchiv](http://hamburg.de/staatsarchiv)).

Wer wiederum eine Biografie zu einer Person verfassen möchte, für die bereits ein Stolperstein liegt, geht auf [stolpersteine-hamburg.de](http://stolpersteine-hamburg.de). Über den Link »Namen, Orte und Biographien suchen« kann man sich in einzelnen Stadtteilen oder sogar nur Straßen verlegte Stolpersteine »ohne Biographie« anzeigen lassen. Dazu bietet auch die Archivpädagogik des Staatsarchivs ein spezielles Modul an: [hamburg.de/bkm/oeffentlichkeitsarbeit/369616/archivpaedagogik-start](http://hamburg.de/bkm/oeffentlichkeitsarbeit/369616/archivpaedagogik-start).

## LITERATUR

Es bietet sich an, für die Arbeit mit den Materialien einen kleinen Handapparat zusammenzustellen, falls das Internet als Recherchemöglichkeit nicht ständig zur Verfügung steht oder nicht ausschließlich genutzt werden soll. Wir empfehlen dazu eine Auswahl aus folgenden Büchern, die im Info-Laden der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg ([hamburg.de/politische-bildung](http://hamburg.de/politische-bildung)) oder in Hamburger öffentlichen Bücherhallen ([buecherhallen.de](http://buecherhallen.de)) erhältlich sind:

**Linde Apel (Hrsg.),** In den Tod geschickt. Die Deportation von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940–1945, Ausstellungskatalog, Hamburg, 2008

**Frank Bajohr,** »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg, 1997

**Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.),** Der Holocaust, Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt, 2015

**Rita Bake (Bearb.),** Wie wird es weitergehen... Zeitungsartikel und Notizen aus den Jahren 1933 und 1934, gesammelt und aufgeschrieben von Elisabeth Flügge, Hamburg, 2001

**Rita Bake/Beate Meyer (Hrsg.),** Stolpersteine in Hamburger Stadtteilen. Biographische Spurensuche, Hamburg, ab 2008

**Herbert Diercks,** Gedenkbuch Kola-Fu. Für die Opfer aus dem Konzentrationslager, Gestapogefängnis und KZ-Außenlager Fuhlsbüttel, Hamburg 1987

- Herbert Diercks**, Dokumentation Stadthaus. Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus, Ausstellungskatalog, Hamburg, 2012
- Herbert Diercks**, »Die Freiheit lebt«. Widerstand und Verfolgung in Hamburg 1933– 1945, Ausstellungskatalog, 2. Aufl., Hamburg, 2010
- Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hrsg.)**, Hamburg im »Dritten Reich«, Göttingen, 2005
- Detlef Garbe/Magnus Koch/Lars Skowronski unter Mitarb. v. Claudia Bade**, Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz. Die Wehrmachtgerichtsbarkeit in Hamburg, Hamburg, 2013
- Ariel Goral-Sternheim**, Im Schatten der Synagoge, Nachdruck d. erw. Neuauflage v. 1994, Hamburg, 2002
- Ursel Hochmuth**, Niemand und nichts wird vergessen, Biogramme und Briefe Hamburger Widerstandskämpfer 1933–1945, Hamburg, 2005
- Ulrike Hoppe (Hrsg.)**, »...und nicht zuletzt Ihre stille Courage«. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945, Hamburg, 2010
- Uwe Lohalm**, Fürsorge und Verfolgung. Öff. Wohlfahrtsverwaltung u. nationalsozialist. Judenpolitik in Hamburg 1933 bis 1942, Hamburg, 1998
- Beate Meyer (Hrsg.)**, Die Verfolgung und Ermordung der Hamburger Juden 1933–1945. Geschichte, Zeugnis, Erinnerung, Hamburg, 2006
- Bernhard Rosenkranz, Ulf Bollmann, Gottfried Lorenz**, Homosexuellen-Verfolgung in Hamburg von 1919–1969, Hamburg, 2009
- Michael Wunder/Ingrid Genkel/Harald Jenner**, Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Die Alsterdorfer Anstalten im Nationalsozialismus, 3. überarb. Aufl., Stuttgart, 2016
- Im Info-Laden der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg sind darüber hinaus die Magazinreihen »Informationen zur politischen Bildung« sowie »Aus Politik und Zeitgeschichte« erhältlich, beide herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie enthalten Materialien sowie wissenschaftlich fundierte, allgemein verständliche Beiträge zu zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Themen sowie zu aktuellen politischen Fragen ([hamburg.de/deutsch-geschichte](http://hamburg.de/deutsch-geschichte))
- Empfehlenswert sind zudem folgende bereits erschienene Handreichungen mit Hamburg-Bezug aus dem Themenbereich der vorliegenden Materialien (PDF-Download):
- »**Spuren der Steine**«. Unterrichtsmaterialien für Grundschul Kinder zum Thema Stolpersteine, Hamburg, 2009 ([www.spurendersteine.de](http://www.spurendersteine.de))
- »**...und nicht zuletzt Ihre stille Courage**«: Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945, Hamburg, 2010 ([li.hamburg.de/geschichte/material/](http://li.hamburg.de/geschichte/material/))
- »**Ich hätte nicht geglaubt, noch einmal hierher zu kommen**«. Schicksale ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und das Hamburger Besuchsprogramm von 2001–2013, Hamburg, 2014 ([li.hamburg.de/geschichte/material/](http://li.hamburg.de/geschichte/material/))
- Entrechtung, Widerstand, Deportationen 1933–1945 und die Zukunft der Erinnerung in Hamburg**. Neue Ansätze für den schulischen Unterricht und die außerschulische Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus, Hamburg, 2015 ([li.hamburg.de/geschichte/material/](http://li.hamburg.de/geschichte/material/))

